



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2013
Fachbereich 2
Jugend, Schule,
Soziales und Sport**

**Budgetbuch
Fachbereich 2
Jugend, Schule, Soziales und Sport**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 5
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	7 - 17
3.	Produktplan	19
4.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Fachbereich 2 – Jugend, Schule, Soziales und Sport	20 - 21
5.	Teilbudget Jugend	
5.1	Planungsreport Jugend	23 - 30
5.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Jugend	32
5.3	<i>Produktgruppe 200 Betreuung von Kindern</i>	
5.3.1	Produkt 100 Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege	34 - 36
5.3.2	Produkt 200 Kinder in der Offenen Ganztagschule	38 - 39
5.4	<i>Produktgruppe 210 Förderung von jungen Menschen und ihren Familien</i>	
5.4.1	Produkt 100 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz	40 - 42
5.4.2	Produkt 200 Förderung freier Träger der Jugendarbeit	44 - 45
5.5	<i>Produktgruppe 220 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien</i>	
5.5.1	Produkt 100 Hilfen zur Erziehung	46 - 48
5.5.2	Produkt 200 Vormundschaften und Beistandschaften	50 - 51
5.5.3	Produkt 300 Unterhaltsvorschuss	52 - 53
5.5.4	Produkt 400 Schulsozialarbeit	54 - 55
6.	Teilbudget Soziales	
6.1	Planungsreport Soziales	57 - 60
6.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Soziales	61
6.3	<i>Produktgruppe 230 Lebensunterhalt</i>	
6.3.1	Produkt 100 Hilfe zum Lebensunterhalt	62 - 63

6.3.2	Produkt 200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	64 - 65
6.3.3	Produkt 300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)	66 - 68
6.4	<i>Produktgruppe 240 Wohnen</i>		
6.4.1	Produkt 100	Wohngeld	70 - 71
6.4.2	Produkt 200	Unterbringung in Notunterkünften	72 - 73
6.5	<i>Produktgruppe 250 Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten</i>		
6.5.1	Produkt 100	Betreuungsstelle	74 - 75
6.5.2	Produkt 200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf	76 - 77
6.5.3	Produkt 300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege	78 - 79
6.5.4	Produkt 400	Ausländerangelegenheiten	80 - 81
7.	Teilbudget Schule und Sport		
7.1	Planungsreport Schule und Sport		83 - 87
7.2.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Schule und Sport		88 - 89
7.3	<i>Produktgruppe 260 Schulen</i>		
7.3.1	Produkt 100	Schulen	90 - 93
7.4	<i>Produktgruppe 270 Sport- und Sportförderung</i>		
7.4.1	Produkt 100	Sportförderung und Sportstätten	94 - 96
7.5	<i>Produktgruppe 280 Förderzentrum</i>		
7.5.1	Produkt 100	Förderzentrum	98 - 99
8.	Anlage 1: nachrichtlich: RE 2011 und Plan 2012 ehemalige Produkte Fb.4		
8.1.	Produkt 400	100 Schulen	102 - 104
8.2.	Produkt 440	100 Sportförderung und Sportstätten	106 - 108
8.3.	Produkt 450	200 Förderzentrum	110 - 111
9.	Anlage 2: nachrichtlich: Produkt 500 400 Schulimmobilien Fb.5		114 - 116

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2011 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 3

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW. S.474) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 07.03.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	184.657.190 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	190.473.263 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	176.221.933 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	178.683.256 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	31.437.584 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	39.017.584 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2013 erforderlich ist, wird auf

13.926.211 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

20.299.992 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2013 wird auf

5.816.073 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2013 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 495 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer:
auf | 430 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft oder
 - zum Ausgleich der stellvertretenden Budgetkürzungen im FB 1 bis zu einer Gesamtsumme von 900.000 EUR

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Auf-

träge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 07.03.2013



Heller
(Bürgermeister)

nachrichtlich:

Gemäß einem Runderlass des Innenministeriums vom 17.12.2012 sollen die in § 1 der Haushaltssatzung gemäß § 78 Abs. 2 Nr. 1 b) Gemeindeordnung NRW ausgewiesenen Gesamtbeträge der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zukünftig einzeln ausgewiesen werden. Für die Haushaltssatzung 2013 stellen sich die einzelnen Beträge wie folgt dar:

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.894.655 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	25.428.336 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	24.542.929 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.589.248 €

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ einerseits sowie „Transport von Kranken/Transport von Notfallpatienten“ andererseits gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“ sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder von verbundenen Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.880.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 02 Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produktgruppe		Produkt	
200	Betreuung von Kindern	100	Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege
		200	Kinder in der Offenen Ganztagschule
210	Förderung von jungen Menschen und ihren Familien	100	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz
		200	Förderung freier Träger der Jugendarbeit
220	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	100	Hilfen zur Erziehung
		200	Vormundschaften und Beistandschaften
		300	Unterhaltsvorschuss
		400	Schulsozialarbeit
230	Lebensunterhalt	100	Hilfe zum Lebensunterhalt
		200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
		300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)
240	Wohnen	100	Wohngeld
		200	Unterbringung in Notunterkünften
250	Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten	100	Betreuungsstelle
		200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf
		300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege
		400	Ausländerangelegenheiten
260	Schulen	100	Schulen
270	Sport- und Sportförderung	100	Sportförderung und Sportstätten
280	Förderzentrum	200	Förderzentrum

Ziele

1. Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.
2. Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.
3. Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
4. Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
5. Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.687.611,30	10.884.390	12.454.240	13.084.415	13.174.950	13.256.699
+ Sonstige Transfererträge	2.966.828,26	1.937.900	2.089.100	1.758.800	1.758.800	1.758.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.809.999,09	2.332.541	3.008.050	3.063.050	3.118.050	3.173.050
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.639,39	1.000	159.600	159.600	159.600	159.600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	601.948,29	605.088	671.015	671.015	671.015	671.015
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	16.069.026,33	15.761.019	18.382.105	18.736.980	18.882.515	19.019.264
- Personalaufwendungen	6.263.036,52	6.716.633	8.757.880	8.855.684	8.874.718	8.963.448
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	344.090,68	201.110	2.608.800	2.591.400	2.586.400	2.586.400
- Bilanzielle Abschreibungen	63.966,91	56.016	810.014	780.866	743.345	495.248
- Transferaufwendungen	34.750.388,94	34.866.405	37.762.153	37.539.911	37.776.998	37.986.688
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	248.420,15	265.508	964.853	944.853	939.753	939.753
= Ordentliche Aufwendungen	41.669.903,20	42.105.672	50.903.700	50.712.714	50.921.214	50.971.537
= Ordentliches Ergebnis	-25.600.876,87	-26.344.653	-32.521.595	-31.975.734	-32.038.699	-31.952.273
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	62.484	62.484	62.484	62.484
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.515.102,03	1.566.555	1.827.935	1.825.611	1.847.891	1.868.768
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.515.102,03	-1.566.555	-1.765.451	-1.763.127	-1.785.407	-1.806.284
= Ergebnis	-27.115.978,90	-27.911.208	-34.287.046	-33.738.861	-33.824.106	-33.758.557

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.147.084,60	10.902.390	11.121.874	0	12.440.049	12.510.783	12.608.677
+ Sonstige Transfereinzahlungen	2.103.053,22	1.926.900	2.089.100	0	1.758.800	1.758.800	1.758.800
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.817.659,83	2.332.541	3.008.050	0	3.063.050	3.118.050	3.173.050
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.028,80	1.000	159.600	0	159.600	159.600	159.600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	633.963,17	605.088	671.015	0	671.015	671.015	671.015
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.706.789,62	15.768.019	17.049.739	0	18.092.614	18.218.348	18.371.242
- Personalauszahlungen	5.954.641,19	6.399.126	8.226.125	0	8.390.650	8.474.567	8.559.297
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	322.488,42	197.210	2.645.702	0	2.628.302	2.623.302	2.623.302
- Transferauszahlungen	34.396.042,66	36.368.098	39.166.881	0	37.785.088	37.971.775	38.145.488
- Sonstige Auszahlungen	301.636,59	274.508	973.603	0	952.603	939.503	939.503
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	40.974.808,86	43.238.942	51.012.311	0	49.756.643	50.009.147	50.267.590
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-26.268.019,24	-27.470.923	-33.962.572	0	-31.664.029	-31.790.799	-31.896.348

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.000,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.000,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	89.692,38	34.300	247.500	0	207.600	207.600	207.600
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	89.692,38	34.300	247.500	0	207.600	207.600	207.600
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-87.692,38	-34.300	-247.500	0	-207.600	-207.600	-207.600
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-26.355.711,62	-27.505.223	-34.210.072	0	-31.871.629	-31.998.399	-32.103.948
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-26.355.711,62	-27.505.223	-34.210.072	0	-31.871.629	-31.998.399	-32.103.948

Planungsreport 2013

Fachbereich 2 Teilbudget Jugend

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Aufgaben des Jugendamtes der Stadt Detmold sind im Wesentlichen Pflichtaufgaben.

Die Planungen für das Jahr 2013 gehen davon aus, dass im Bereich Jugend des Fachbereiches 2, Jugend, Schule, Soziales und Sport ,125 Mitarbeiter/innen (in rd. 100 Vollzeitstellen) beschäftigt sind. 69 Mitarbeiter/innen des Jugendamtes arbeiten in Teilzeit, das sind rd. 55 %. Im Fachbereich 2 arbeiten insgesamt 201 Mitarbeiter/innen.

Die Leistungspalette des Bereiches Jugend ist in drei Produktgruppen mit insgesamt acht Produkten gegliedert. Die einzelnen Produkte sind z. T. in Leistungen unterteilt; die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Wesentliche Änderungen zu 2012 sind nicht erfolgt, einzelne, ergänzende Änderungen bei den Kennzahlen bzw. dem Leistungsumfang sind in den Produkten dargestellt.

Die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien ist durch eine lebensweltorientierte und innovative Jugendhilfe positiv zu gestalten. Dieses ergibt sich auch aus der Verpflichtung des SGB VIII und dem gesellschaftlichen Auftrag, nach dem junge Menschen und Familien bei Bedarf Anspruch auf die geeignete, im konkreten Fall individuell richtige Hilfe haben. Die Familien sollen gestärkt und entwickelt werden.

Das Jugendamt, bestehend aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss, ist verpflichtet, Unterstützung mit hoher Fachlichkeit zu leisten.

Insbesondere an die strategischen Handlungsfelder, Familien und Bildung knüpft die Arbeit des Bereiches Jugend an. Darüber hinaus sind die Aktivitäten des Bereiches Jugend auch noch in besonderem Maße auf das Handlungsfeld Integration hin ausgerichtet.

Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.

Die Gesetzgeber auf Bundes- wie auf Landesebene haben in den letzten Jahren die rechtlichen Grundlagen in Teilbereichen der Jugendhilfe erheblich verändert. Dieses beeinflusst die Arbeit vor Ort und stellt sie vor neue Herausforderungen. Angesichts der fortdauernden Diskussion sowohl im Bereich der Bundes- wie der Landespolitik kann davon ausgegangen werden, dass dieser Prozess fortgeführt wird.

Das am 01. Januar 2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiFöG) bildet die bundesrechtliche Grundlage für den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Bis zum 01.08.2013 soll schrittweise ein Betreuungsangebot für ca. 35 % der unter 3-jährigen Kinder ausgebaut werden. 30 % der neuen Plätze sollen im Bereich der Tagespflege geschaffen werden. Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 soll der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr eingeführt werden.

Der Bund beteiligt sich im Zeitraum 2008 bis 2013 an den Ausbaurkosten im Bereich der U3-Plätze, seit 2011 auch das Land mit einem Sonderprogramm.

Das Land beteiligt sich verstärkt an der Finanzierung der durch den Ausbau entstehenden zusätzlichen Betriebskosten. Bereits in 2012 erfolgte eine Ausgleichszahlung nach dem Belastungsausgleichsgesetz in Höhe von rd. 1.181.000 Euro. Ab 01.08.2013 ist eine Erhöhung des Landesanteils an den Kindpauschalen im U3-Bereich eingeplant.

Inwieweit die Zielsetzung des KiFöG insgesamt bis zum Kindergartenjahr 2013/2014 erreicht wird, bleibt abzuwarten. Auch, wie sich angesichts der Finanzsituation von Bund und Land der weitere U3-Ausbau gestaltet.

In Detmold wird nach den jetzigen Planungen das Ziel weitestgehend erreicht. Inwieweit die dann erreichte Versorgungsquote von 34,4% jedoch dem realen Bedarf entspricht, muss weiter beobachtet werden. Aufgrund der z. Zt. fehlenden Programme von Bund und Land für den U3-Ausbau nach 2013 sind im vorliegenden Budget ab 2014 keine Investitionsmittel für den weiteren U3-Ausbau eingestellt.

Die erste Stufe der KiBiz-Revision trat am 01.08.2011 in Kraft und wurde im Kindergartenjahr 2011/2012 umgesetzt. Die Einführung eines elternbeitragsfreien Kindergartenjahres für Kinder, die im letzten Jahr vor der Einschulung sind, hatte in Detmold zur Folge, dass auch die Geschwisterregelung entsprechend angepasst wurde; d. h. auch für die Geschwister dieser Kinder wird kein Beitrag erhoben. Der Ausgleich des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr ist aufgrund der nunmehr erfolgten rechtlichen Regelung im Budget kalkulierbar. Der Ratsbeschluss zur Umstellung des Elternbeitragsystems auf das lineare Modell und zur Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze wurde zum 01.08.2012 umgesetzt und ist ebenfalls für das Budget 2013 kalkuliert.

Die Diskussion und Entscheidungen zur zweiten Stufe der KiBiz-Revision auf Landesebene konnten aufgrund der Landtagswahl nicht in dem zeitlichen Rahmen erfolgen wie geplant. Die Entwicklungen in 2013 sind abzuwarten.

In dem Bericht zur Situation der Kindertagesbetreuung in Detmold für das Kindergartenjahr 2012/2013, Planung für das Kindergartenjahr 2013/2014 und planerischer Ausblick (DS-Nr. FB 2/ 292/2012) sind die Planungsgrundlagen dargestellt, die in diesem Budget ihren monetären Niederschlag finden. Zum Kindergartenjahr 2012/2013 sind 17 Betreuungsplätze in Kitas durch Aufstockung der Plätze im Gruppentyp 1 sowie die Einrichtung der neuen Gruppe Typ 2 in der Kita Wundertüte geschaffen worden. Damit können in Detmold insgesamt 535 Plätze für diese Altersgruppe angeboten werden. Unter Einbeziehung der 98 Plätze Kindertagespflege wird eine Versorgungsquote von 30,5 % erzielt. Für das Kindergartenjahr 2013/2014 ist eine Ausweitung um 46 Plätze in den Kitas geplant, vor allem durch Gruppenumwandlungen und Aufstockung der Plätze. Darüber hinaus soll die Anzahl der Plätze in der Kindertagespflege um 24 erhöht werden, so dass dann in der Summe von einer Bedarfsdeckung von 34,4 % ausgegangen werden kann. Dieses ist (fast) eine Punktlandung im U3-Ausbau in Detmold. Gelingen konnte dieses nur aufgrund der sehr guten und kooperativen Zusammenarbeit aller Akteure in Detmold in diesem Prozess, denen ich an dieser Stelle danke.

Der Ausbau der Tagespflegeplätze stellt noch einmal eine besondere Herausforderung dar. Die vom Bund angestrebte Quote von 11,6 % erscheint aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte nicht den Wünschen der Eltern zu entsprechen. In Detmold wird von einer Quote von 6 % ausgegangen. Die konzeptionelle Ausrichtung der Tagespflege insbesondere im Hinblick auf Qualitätsstandards sowie die Anpassung der Richtlinien zur Förderung von Kindern in der Kindertagespflege ist im Herbst 2012 erfolgt.

An erster Stelle bei diesem Umstrukturierungs- und Ausbauprozess stand und steht jedoch die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Tagesbetreuungsplatz für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht. Die Anzahl der 3- bis 6-jährigen Kinder ist zwar seit einigen Jahren rückläufig, die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für diese Altersgruppe steigt jedoch. Die Versorgungsquote beträgt nunmehr 95,6 % und wird im Kindergartenjahr 2013/2014 die angestrebten 98 % mit 98,6 % leicht übersteigen.

Es kann festgestellt werden, dass im gesamten Bereich der Betreuung in Tageseinrichtungen ein weiterer Anstieg der Plätze mit Betreuungszeiten von 45 Stunden/Woche zu verzeichnen ist. Er beträgt jetzt 60,0 %.

Im Focus der vergangenen Jahre stand vor allem der quantitative Platzausbau im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern. Es muss jedoch um mehr gehen, auch die Qualität der Betreuung muss konsequent weiterentwickelt werden. Die inhaltlichen, fachlichen Schwerpunkte der Arbeit im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern sind insbesondere die Themen:

- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung
In den Verträgen über die freiwilligen Zuschüsse der Stadt Detmold haben alle Träger ihr Einverständnis erklärt, mitzuwirken an Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in Kindertageseinrichtungen. Gemeinsam mit den Detmolder Trägern sind operationalisierbare Ziele zu entwickeln, die geltenden Verträge zu überarbeiten und ein qualitatives Berichtswesen aufzubauen.
- Flexibilisierung der Kindertagesbetreuungsangebote in den Kitas
Unter Einbeziehung der Ergebnisse der Elternbefragung in Detmold aus 2012 sind gemeinsam mit Kindertageseinrichtungen einrichtungsspezifische sozialraumorientiert Modelle zu entwickeln, die sich an den Bedarfen orientieren.
- Übergang von der Kita in die Grundschule
In Zusammenarbeit u. a. mit der Stadt Paderborn und der Peter-Gläsel-Stiftung nimmt die Stadt Detmold an einem Modellprojekt des buddy e.V. teil, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kita zu stärken.
- Weiterentwicklung der heilpädagogischen Gruppen im Rahmen der Inklusion zu integrativen Gruppen
- Ausbau der betriebsnahen Kindertagesbetreuung
- Akquise und Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Konsequente Umsetzung der ganzheitlichen Sprachförderung

Diese Themen sollen die Qualität der Tagesbetreuung in Detmold weiter sichern und ausbauen und sind beteiligungsorientiert zu bearbeiten.

Eine besondere Herausforderung wird in 2013 das Projekt „Schulentwicklung Grundschule Hakedahl/Grundschule Weerthschule zu einer Schule mit zwei Standorten und Weiterentwicklung zum ‚Bildungshaus Weerthschule‘ für Kinder von 0 bis 10 Jahren im Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung“ sein. Im Rahmen einer integrierten Planung von Jugendhilfe und Schulentwicklung sind die einzelnen Schritte ebenfalls beteiligungsorientiert zu bearbeiten.

Im Bereich der Schulkinderbetreuung in der Primarstufe stehen zum Schuljahr 2012/2013 weitere 125 Plätze und damit insgesamt 1.299 im offenen Ganztags zur Verfügung. Die Versorgungsquote beträgt unter Einbeziehung der Hortplätze der Villa am Hügel 43,4 %. Immer mehr Grundschulen in Detmold bieten teilgebundene Ganztagschulen an und haben gemeinsam hierfür Qualitätsstandards erarbeitet. Die positiven Wirkungen des teilgebundenen Ganztags sind auch in den Ergebnissen der Evaluation der OGS ablesbar. Darum gilt es, die Grundschulen auf ihrem Weg zum teilgebundenen Ganztags zu unterstützen bzw. positiv zu begleiten.

Die Evaluation der OGS wurde im Frühjahr 2012 abgeschlossen. Ihre Ergebnisse wurden den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport in drei gemeinsamen Sitzungen vorgestellt. In 2012 wurde in der Juni-Sitzung der beiden Ausschüsse empfohlen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Weiterentwicklung der Qualitätskriterien befasst. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Arbeit im offenen Ganztags ist auch die Integration von Jugendhilfeangeboten wie z. B. Hilfen zur Erziehung einzubeziehen, um so den differenzierten Bedürfnissen von Schulkindern, ihren Eltern und auch den Fachkräften gerecht zu werden. Diese Thematik ist auch bei der zukünftigen vertraglichen Gestaltung des am 31.07.2013 auslaufenden Vertrages mit der Villa am Hügel aufzugreifen.

Die finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Planungen und Beschlüsse sind im Budget 2013 wiederum deutlich ablesbar. Erhöhten Landeszuweisungen für Tageseinrichtungen und OGS stehen höhere Betriebskosten für Tageseinrichtungen und Transferaufwendungen für OGS gegenüber;

ebenso steigen die Aufwendungen für Tagespflege. Insgesamt führt dieses zu einem weiteren Anstieg der Beteiligung des Jugendamtes an der Finanzierung der Kinderbetreuung.

Trotz enorm angespannter Finanzlage ist bisher sowohl am Ausbau der Kinderbetreuung als auch an den in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen des Rates, mit denen familien-, sozial- und bildungspolitische Akzente für die Menschen in Detmold gesetzt wurden, festgehalten worden. Dieses macht die hohe kommunalpolitische Priorität deutlich, die dieser Bereich in Detmold hat.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes sind die Hilfen zur Erziehung und die Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung. Eine besondere Herausforderung für die Arbeit vor Ort ist die Umsetzung des am 01.01.2012 in Kraft getretenen Bundeskinderschutzgesetzes (Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen). Dieses Gesetz normiert mit seinen Inhalten die Praxis des Kinderschutzes und zielt auf die Stärkung des aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen durch Frühe Hilfen und die Schaffung verlässlicher Kooperationsnetzwerke ab.

Schon in den letzten Jahren ist im Rahmen der Präventionsarbeit im Jugendamt u. a. der Bereich „Frühe Hilfen“ aufgebaut worden. Er ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben weiter auszubauen, zusätzliche Beratungskompetenzen sind aufzubauen, u. a. durch einen Elternbesuchsdienst.

Ab Mitte 2012 ist das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes in allen seinen Teilen in Kraft. Die Umsetzung hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise und personelle Ausstattung in diesem Bereich.

Die Plandaten im Bereich der stationären und ambulanten Hilfen mussten aufgrund der höheren Hilfezahlen seit Mitte 2011 für 2013 sowohl im Leistungsbereich wie auch im monetären Bereich angehoben werden. Die Ursachen hierfür sind differenziert zu betrachten und liegen sowohl in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, der z. T. abnehmenden Erziehungskompetenz der Eltern, der Notwendigkeit komplexere Hilfen einzusetzen als auch einer höheren Sensibilität im Bereich des Kinderschutzes und z. T. familiengerichtlichen Entscheidungen. Den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und deren Auswirkungen in den Detmolder Familien kann nur bedingt gegengesteuert werden. Eine weitere Stärkung der Präventionsarbeit sowie die Verselbstständigung von Jugendlichen im stationären Bereich sind weiterhin Schwerpunkte der Arbeit.

Die aufgezeigten Entwicklungen im Bereich der Familiensozialarbeit machen es notwendig, die Personalkapazitäten entsprechend anzupassen.

Das beteiligungsorientierte Auswahlverfahren hinsichtlich eines integrierten EDV-Verfahrens im Jugendamt hat in 2012 ebenfalls Kapazitäten gebunden. Die Entscheidung für ein Verfahren ist in 2012 gefallen, in 2013 erfolgt die Implementierung.

In den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz gilt es, den Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010 bis 2014 weiter umzusetzen.

Die Arbeit in diesem Bereich ist ebenfalls durch vielfältige Projekte, die z. T. mit anderen Trägern durchgeführt werden, geprägt. Entsprechende Projektmittel des Landesjugendamtes sind in der Regel erst unterjährig zu akquirieren.

Die neuen Verträge mit der Drogenberatung und der Mobilien Jugendarbeit der Villa am Hügel sind ab dem 01.01.2012 in Kraft, haben eine Laufzeit von fünf Jahren und erhöhen so die Planungssicherheit in diesem Bereich.

Des Weiteren sind Leistungen des Jugendamtes u. a. in nachstehenden Kooperationsprojekten gebündelt:

- Mobile Jugendarbeit – Betreuung der örtlichen Jugendarbeit; Betreuung der einzelnen Jugendgruppen in verschiedenen Ortsteilen sowie der situationsbezogenen und kurzfristig anzutreffenden Jugendgruppen
- Polizei – u. a. sozialer Trainingskurs, Konzept Mehrfachtäter
- Ortsteile – Unterstützung der Arbeit der Sozialraumarbeitsgemeinschaften

Wie in den zurückliegenden Jahren beinhaltet auch dieses Budget in Zeiten knapper Ressourcen den Erhalt und z. T. Ausbau des erreichten fachlichen Standards der Detmolder Jugendhilfe. Die aktuellen Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren in Bund und Land müssen weiter im Blick sein. Ihre Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot und die Arbeit des Jugendamts sind zu analysieren und in der Aufgabenstellung, personellen Ausstattung sowie bei der Qualifizierung der Mitarbeiter/innen zu berücksichtigen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2011 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2011 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsbereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.535.111 Euro
Differenz zu 2012: + 735.721 Euro	
Hier ist der größte Teil der Zuweisungen des Landes subsumiert (Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Offene Ganztagschule, Sprachförderung, Jugendzentren). Die Steigerung gegenüber 2012 ergibt sich aus dem Ausgleich der Aufgabenübertragung des U3-Ausbaus (rd. 1.000.000 Euro, Konnexitätsverfahren) und mehr Zuweisungen zur Offene Ganztagschule, integrative Erziehung und Ausgleich zum letzten freien Kindergartenjahr).	
Sonstige Transfererträge	1.817.800 Euro
Differenz zu 2012: + 47.700 Euro	
Einnahmen Unterhaltsvorschuss, Erstattungen zu Hilfen zur Erziehung, Zuweisungen Land zu Investitionen	
Neben der weiteren Reduzierung der Landeszuweisungen für den U3-Ausbau (Großteil der Baumaßnahmen und finanziellen Abwicklungen in 2010) sind die Planansätze im Bereich Hilfen zur Erziehung entsprechend Erfahrungswerte angehoben worden.	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.740.000 Euro
Differenz zu 2012: + 624.000 Euro	
Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und Offene Ganztagschulen	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	600 Euro
Differenz zu 2012: - 400 Euro	
Vermietungen städtische Einrichtungen	

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	617.100 Euro
Differenz zu 2012: + 17.612 Euro	
Erstattungen Land für Unterhaltsvorschuss, Einnahmen durch Veranstaltungen und Ferienspiele der Jugendzentren, Jugendschutzprojekte, Elternanteil zur Beförderung und Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen	
Erhöhung der Preise für das Mittagessen (s. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)	
Ordentliche Erträge insgesamt	16.710.611 Euro
Differenz zu 2012: + 1.424.633 Euro	
Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:	
Personalaufwendungen	5.810.455 Euro
Differenz zu 2012: + 550.170 Euro	
Die Hochrechnung der Aufwendungen für das Jahr 2013 beinhaltet tariflich vereinbarte Erhöhungen für Angestellte, Steigerung der Bezüge für Beamte und die Anhebung der Rückstellung für Beamte.	
Die Aufwendungen erhöhen sich zusätzlich durch Mittel für das Projekt im Unterhaltsvorschuss (s. Erläuterungen im Produkt) und die neue gesetzliche Aufgabe „Elternbesuchsdienst“ im Bereich „frühe Hilfen“ (BKISchG).	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	126.500 Euro
Differenz zu 2012: + 21.440 Euro	
Im Zuge eines Kostenanstiegs bei den Cateringfirmen wurden die Verpflegungskosten angepasst (s. Kostenerstattungen und Kostenumlagen)	
Bilanzielle Abschreibungen	28.421 Euro
Differenz zu 2012: - 15.896 Euro	
Werteverzehr für Inventar und Geräte vor allem in den Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendzentren	
Transferaufwendungen	35.948.454 Euro
Differenz zu 2012: + 2.126.043 Euro	
Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen, Aufwand Hilfen zur Erziehung, Zuschüsse zu Offenen Ganztagschulen, Betreuung außerhalb Tageseinrichtungen, Unterhaltsvorschuss, finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger, Investitionszuschüsse Jugendeinrichtungen und zum U3-Ausbau auf niedrigem Niveau (s. sonstige Transfererträge)	
Die Aufwendungen im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse, Zuschüsse zu Offene Ganztagschulen, Tagespflege und Hilfen zur Erziehung steigen.	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	194.260 Euro
Differenz zu 2012: + 5.760 Euro	
Jugendförderplan, Sachausgaben städtische Einrichtungen (z.B. Veranstaltungen, Spielsachen, Gebrauchs- und Verbrauchsmaterial, Versicherungen)	
Ordentliche Aufwendungen insgesamt	42.108.090 Euro
Differenz zu 2012: + 2.687.517 Euro	
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.251.075 Euro

Differenz zu 2012: + 19.707 Euro

Für einige Interne Leistungsbeziehungen haben sich die Umlagearten geändert.
Für das Budget Jugend wirkt sich das negativ aus in der IL Gebäudemanagement und Telefon-Servicecenter.

Ergebnis

- 26.648.554 Euro

Differenz zu 2012: + 1.282.591 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen 10.759.034 Euro

Die Einzahlungen sind um 776.077 Euro geringer als die Erträge im Teilergebnisplan, da die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen nicht finanzwirksam sind.

Personalauszahlungen 5.479.617 Euro

Die Auszahlungen sind um 33.838 Euro geringer als die Aufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 120.600 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 5.900 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen 37.242.637 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 1.294.183 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen und die Bezahlung der Rechnungen, die das Vorjahr betreffen und erst in 2013 eingehen, sind in die Transferauszahlungen 2013 eingeplant.

Sonstige Auszahlungen 203.010 Euro

Die Abwicklung der Anschaffungen über Spenden laufen unterjährig über Abgrenzungsposten, so dass im Teilergebnisplan kein Ansatz für Aufwendungen eingeplant wird.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in Höhe von 1.251.075 Euro und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 28.421 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder, den Jugendzentren und dem Verwaltungsbereich sind in 2013 Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 27.800 Euro geplant.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.627.847,98	10.799.390	11.535.111	12.098.286	12.169.020	12.266.914
+ Sonstige Transfererträge	2.806.543,70	1.770.100	1.817.800	1.527.500	1.527.500	1.527.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.605.855,11	2.116.000	2.740.000	2.795.000	2.850.000	2.905.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.639,39	1.000	600	600	600	600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	600.265,78	599.488	617.100	617.100	617.100	617.100
= Ordentliche Erträge	15.643.151,96	15.285.978	16.710.611	17.038.486	17.164.220	17.317.114
- Personalaufwendungen	4.888.407,21	5.260.285	5.810.455	5.867.026	5.865.005	5.923.648
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	197.330,54	105.060	126.500	126.100	126.100	126.100
- Bilanzielle Abschreibungen	48.521,00	44.317	28.421	27.894	27.708	27.072
- Transferaufwendungen	33.750.470,28	33.822.411	35.948.454	35.951.244	36.158.731	36.368.421
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	202.815,92	188.500	194.260	174.260	169.160	169.160
= Ordentliche Aufwendungen	39.087.544,95	39.420.573	42.108.090	42.146.524	42.346.704	42.614.401
= Ordentliches Ergebnis	-23.444.392,99	-24.134.595	-25.397.479	-25.108.038	-25.182.484	-25.297.287
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.115.851,28	1.231.368	1.251.075	1.257.184	1.272.114	1.286.548
= Ergebnis	-24.560.244,27	-25.365.963	-26.648.554	-26.365.222	-26.454.598	-26.583.835

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.087.321,28	10.792.390	10.759.034	0	12.077.209	12.147.943	12.245.837
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.937.739,20	1.759.100	1.817.800	0	1.527.500	1.527.500	1.527.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.610.763,64	2.116.000	2.740.000	0	2.795.000	2.850.000	2.905.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.028,80	1.000	600	0	600	600	600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	628.795,90	599.488	617.100	0	617.100	617.100	617.100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.269.648,82	15.267.978	15.934.534	0	17.017.409	17.143.143	17.296.037
- Personalauszahlungen	4.683.685,71	5.054.601	5.479.617	0	5.589.204	5.645.103	5.701.549
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	179.988,13	102.710	120.600	0	120.200	120.200	120.200
- Transferauszahlungen	33.223.529,56	35.145.729	37.242.637	0	36.140.844	36.352.531	36.562.221
- Sonstige Auszahlungen	183.230,53	197.500	203.010	0	182.010	168.910	168.910
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.270.433,93	40.500.540	43.045.864	0	42.032.258	42.286.744	42.552.880
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-24.000.785,11	-25.232.562	-27.111.330	0	-25.014.849	-25.143.601	-25.256.843
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.000,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.000,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	70.137,65	23.350	27.800	0	27.900	27.900	27.900
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	70.137,65	23.350	27.800	0	27.900	27.900	27.900
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-68.137,65	-23.350	-27.800	0	-27.900	-27.900	-27.900
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	24.068.922,76	-25.255.912	-27.139.130	0	-25.042.749	-25.171.501	-25.284.743
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	24.068.922,76	-25.255.912	-27.139.130	0	-25.042.749	-25.171.501	-25.284.743

Kurzbeschreibung

Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern in städtischen Tageseinrichtungen, Förderung der Tagespflege und der Betreuungseinrichtungen freier Träger; Beratung von Personensorgeberechtigten und Tagespflegepersonen; Gewährung der Betriebskostenzuschüsse an Tageseinrichtungen für Kinder

Ziele

- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bedürfnisorientierte Sicherung von Betreuungsplätzen
- Förderung der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder in einer Gruppe unter Berücksichtigung individueller Faktoren zur Persönlichkeitsentwicklung
- Vermittlung von sozialer und emotionaler Kompetenz
- Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und den Eltern
- Gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder

Auftragsgrundlage

KJHG, KiBiz, DVO-KiBiz, Vereinbarung über die Eignungsvoraussetzungen der in Tageseinrichtungen für Kinder tätigen Kräfte in NRW, Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der gemeinsamen Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder vom 19.12.2008, Kindergartenbedarfsplan, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung der Spielgruppen ab 2006, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege ab 2009

Zielgruppe

Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht, ihre Eltern und gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	56,06	57,23	57,66	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Kinder in Einrichtungen unter 3 Jahre	Anz.	512	529	662	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen von 3 - 6 Jahre (Schulpflicht, inkl. Tagesstättenplätze)	Anz.	2.082	2.114	2.148	0	0	0
betreute Kinder in heilpädagogischen Einrichtungen	Anz.	60	60	60	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen mit gemeinsamer Erziehung	Anz.	55	89	70	0	0	0
betreute Kinder außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	Anz.	64	121	90	0	0	0
betreute Kinder in der Tagespflege	Anz.	105	100	130	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	€	572	583	594	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Tagespflege	€	3.356	4.173	4.001	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in Tageseinrichtungen	€	8.163	8.305	7.902	-	-	-
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge in den Tageseinrichtungen	%	13,88	12,61	14,42	-	-	-
Versorgungsquote unter 3 Jahre	%	24	33	35	-	-	-
Versorgungsquote 3 - 6 Jahre (bis zum Beginn der Schulpflicht)	%	92	98	98	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.310.973,40	9.511.390	10.089.284	10.654.859	10.725.593	10.823.487
+ Sonstige Transfererträge	1.544.794,92	481.600	290.300	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.260.394,11	1.766.000	2.380.000	2.430.000	2.480.000	2.530.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	1.000	600	600	600	600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.761,31	45.150	76.800	76.800	76.800	76.800
= Ordentliche Erträge	12.180.523,74	11.805.140	12.836.984	13.162.259	13.282.993	13.430.887
- Personalaufwendungen	2.576.631,02	2.821.085	2.989.917	3.023.575	3.025.640	3.055.897
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	151.714,27	93.910	112.600	112.200	112.200	112.200
- Bilanzielle Abschreibungen	32.068,56	33.652	22.894	22.432	22.178	21.555
- Transferaufwendungen	19.751.431,26	20.184.067	20.577.303	20.492.593	20.700.080	20.909.770
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.343,92	51.200	54.510	54.510	49.410	49.410
= Ordentliche Aufwendungen	22.559.189,03	23.183.914	23.757.224	23.705.310	23.909.508	24.148.832
= Ordentliches Ergebnis	-10.378.665,29	-11.378.774	-10.920.240	-10.543.051	-10.626.515	-10.717.945
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	480.655,07	503.324	540.823	545.532	552.070	558.563
= Ergebnis	-10.859.320,36	-11.882.098	-11.461.063	-11.088.583	-11.178.585	-11.276.508

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.770.446,70	9.504.390	9.313.634	0	10.634.209	10.704.943	10.802.837
+ Sonstige Transfereinzahlungen	836.561,34	481.600	290.300	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.270.897,36	1.766.000	2.380.000	0	2.430.000	2.480.000	2.530.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	1.000	600	0	600	600	600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	54.376,12	45.150	76.800	0	76.800	76.800	76.800
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.932.881,52	11.798.140	12.061.334	0	13.141.609	13.262.343	13.410.237
- Personalauszahlungen	2.555.776,16	2.809.334	2.934.407	0	2.993.097	3.023.029	3.053.261
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	150.873,51	93.260	111.000	0	110.600	110.600	110.600
- Transferauszahlungen	19.527.354,10	20.421.210	20.609.386	0	20.492.593	20.700.080	20.909.770
- Sonstige Auszahlungen	49.566,88	59.200	62.510	0	62.510	49.410	49.410
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.283.570,65	23.383.004	23.717.303	0	23.658.800	23.883.119	24.123.041
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-11.350.689,13	-11.584.864	-11.655.969	0	-10.517.191	-10.620.776	-10.712.804
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.000,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.000,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	57.839,54	13.850	18.400	0	19.400	19.400	19.400

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	57.839,54	13.850	18.400	0	19.400	19.400	19.400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-55.839,54	-13.850	-18.400	0	-19.400	-19.400	-19.400
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	11.406.528,67	-11.598.714	-11.674.369	0	-10.536.591	-10.640.176	-10.732.204

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	70,2	0,0	57,8	13,8	18,4	0,0	19,4	19,4	19,4
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-70,2	0,0	-55,8	-13,8	-18,4	0,0	-19,4	-19,4	-19,4
Saldo Investitionstätigkeit	-70,2	0,0	-55,8	-13,8	-18,4	0,0	-19,4	-19,4	-19,4

Erläuterungen

Gegenüber dem Jahr 2012 sind die Erträge und Aufwendungen für die Planung 2013 höher.

In den Zuwendungen des Landes für Kindertageseinrichtungen ist neben der Ausgleichszahlung zum letzten freien Kindergartenjahr auch der Betrag von rd. 1.000.000 Euro für den Ausgleich der Aufgabenübertragung des Ausbaus der U3-Kapazitäten auf Grundlage des KiföG enthalten (Konnexitätsverfahren).

Da der Großteil der Baumaßnahmen und deren finanzielle Abwicklungen für den Ausbau der Betreuungsplätze unter 3 Jahren in den Vorjahren liegt, verringern sich die Beträge für das Jahr 2013 (sonstige Transfererträge und Aufwandskonto Investitionszuschüsse unter Transferaufwendungen).

Der Ansatz der Elternbeiträge 2013 liegt in etwa auf dem Niveau des vorl. Ergebnisses 2011. Abzüglich der Ausfälle, die sich aus der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ergeben, wird aufgrund des neuen Beitragssystems eine stabile Ertragssituation erwartet (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Diese stabile Ertragssituation erhöht den Planwert 2013 der Kennzahl "Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge in den Tageseinrichtungen" (Verhältnis der Elternbeiträge inkl. Ausgleichszahlung Land für das letzte freie Kindergartenjahr zu gesamten Kindpauschalen). Für den Vergleich mit dem 2012 wurde auch dieser Planwert entsprechend aktualisiert.

Die Personalaufwendungen 2013 beinhalten die vereinbarten Tarifsteigerungen von 2011 auf 2012 und von 2012 auf 2013. Außerdem sind zusätzliche Mittel für Fachkräfte für integrative Erziehung und Erzieher/innen im Anerkennungsjahr, beides wird vom Land bezuschusst, eingeplant.

Die Leistungsdaten für das Kalenderjahres 2013 wurden aktualisiert; folglich kommt es auch zu kleinen Anpassungen im Bereich der Kennzahlen. Gegenüber der Kindergartenbedarfsplanung handelt es sich hier um Kalenderjahreswerte.

Es ist geplant, die Anzahl der Plätze der Tagespflege zu steigern. Entsprechend wurde neben den Ausgaben für Kindertageseinrichtungen auch der Ansatz zur Förderung der Tagespflege in den Transferaufwendungen erhöht.

Für den Erwerb von Ausstattungsgegenständen in den städtischen Einrichtungen sind 18.400 Euro angemeldet.

Kurzbeschreibung

Ganzheitlicher Förderauftrag in einem Dreiklang von Erziehung, Bildung und Betreuung, Kooperation von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und außerschulischen Partnern, Durchführen vielfältiger Förderkurse, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote

Ziele

- Verknüpfen der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufträge von Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Ausbau der sozialen Kompetenzen der Grundschulkinder
- Zusammenbringen unterschiedlicher Professionen und Know-hows
- Stärken der Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Aufrechterhalten der Qualitätsstandards
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kein Ausgrenzen sozialschwacher Familien
- Berücksichtigung der besonderen Stellung der Träger der freien Jugendhilfe
- Zur Verfügung stellen von Plätzen für mindestens 35 % der Schulkinder im Primarbereich

Auftragsgrundlage

Erlass vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW vom 12.02.2003; Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder des Primarbereiches, ihre Eltern oder gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,26	1,26	1,36	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Kinder	Anz.	1.202	1.174	1.299	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	%	14,90	14,23	12,86	13,04	13,22	13,40
Zuschuss je Kind	€	1.929	2.095	2.155	-	-	-
Versorgungsquote	%	39	40	43	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.208.232,50	1.211.000	1.324.000	1.324.000	1.324.000	1.324.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	345.461,00	350.000	360.000	365.000	370.000	375.000
= Ordentliche Erträge	1.553.693,50	1.561.000	1.684.000	1.689.000	1.694.000	1.699.000
- Personalaufwendungen	64.267,35	65.884	79.226	80.810	81.619	82.435
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.980,84	50	300	300	300	300
- Bilanzielle Abschreibungen	870,00	258	219	219	219	219
- Transferaufwendungen	2.397.179,09	2.537.000	2.871.000	2.871.000	2.871.000	2.871.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	178,71	340	290	290	290	290
= Ordentliche Aufwendungen	2.493.475,99	2.603.532	2.951.035	2.952.619	2.953.428	2.954.244

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliches Ergebnis	-939.782,49	-1.042.532	-1.267.035	-1.263.619	-1.259.428	-1.255.244
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	187.110,12	205.300	214.646	218.529	220.632	222.748
= Ergebnis	-1.126.892,61	-1.247.832	-1.481.681	-1.482.148	-1.480.060	-1.477.992

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.208.232,50	1.211.000	1.324.000	0	1.324.000	1.324.000	1.324.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.931,95	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	339.866,28	350.000	360.000	0	365.000	370.000	375.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	431,70	0	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.550.462,43	1.561.000	1.684.000	0	1.689.000	1.694.000	1.699.000
- Personalauszahlungen	64.334,04	65.515	78.803	0	80.379	81.184	81.996
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.659,05	0	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	2.397.179,09	2.537.000	2.871.000	0	2.871.000	2.871.000	2.871.000
- Sonstige Auszahlungen	272,71	340	290	0	290	290	290
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.482.444,89	2.602.855	2.950.093	0	2.951.669	2.952.474	2.953.286
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-931.982,46	-1.041.855	-1.266.093	0	-1.262.669	-1.258.474	-1.254.286
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-931.982,46	-1.042.305	-1.266.393	0	-1.262.969	-1.258.774	-1.254.586

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamtausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Zum Schuljahr 2012 / 2013 stehen planerisch durch den Rat beschlossen insgesamt 53 Gruppen an 14 Schulen mit 1.299 Betreuungsplätzen zur Verfügung. In der Weerthschule, Hasselbach-Schule, Bachschule, Kusselberg-Schule und in der GS Heiligenkirchen ist jeweils eine Gruppe mehr geplant.

Für 2013 wird in der Betreuung der Ganztagschulen eine Versorgungsquote von 43 % geplant.

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung gesetzlicher und erzieherischer Aufgaben, Angebote von präventiven Maßnahmen, Koordinierung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit;

Freizeit- und Bildungsangebote innerhalb und außerhalb der jeweiligen Einrichtung, die unter Berücksichtigung der Sozialstruktur des Einzugsbereiches an den verschiedenen Interessen und Lebenslagen von jungen Menschen anknüpfen und ihre Entwicklung fördern

Ziele

- Junge Menschen sind informiert über gefährdende Einflüsse, Stoffe und Handlungen und können sich entsprechend schützen.
- Eltern und Multiplikatoren sind sensibilisiert für kinder- und jugendgefährdende Einflüsse.
- Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Detmold im Sinn des KJHG sind effizient koordiniert.
- Förderung von jungen Menschen in ihrer individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse
- Förderung der Partizipation
- Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Nutzung von Synergieeffekten durch enge Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, vor allem Schulen

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz, besonders §§ 11, 14 KJHG, Jugendschutzgesetz (JuSchG) und andere Schutzvorschriften, Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene bis 27 Jahre, örtliche Vereine und Verbände, Schulklassen, Kindergärten, Eltern, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, Multiplikatoren

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	9,27	9,60	9,60	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durch Projekte erreichte Kinder und Jugendliche von 6-17 Jahren im Jugendschutz	Anz.	1.868	950	950	-	-	-
Besucher im Style / Woche	Anz.	25	40	40	0	0	0
Besucherinnen im Style / Woche	Anz.	7	20	20	0	0	0
Angebote für Jungen	Anz.	15	5	5	-	-	-
Besucher im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	77	60	60	0	0	0
Besucherinnen im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	32	30	30	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	18	25	25	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	21	25	25	0	0	0

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Besucher im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	103	60	90	0	0	0
Besucherinnen im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	14	20	20	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	51	50	40	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	67	60	50	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Besucher/in in den Jugendzentren	€	50	68	61	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind und Jugendliche/r im Jugendschutz	€	61	127	135	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Jugendzentrum Detmold-West	%	29,6	33,3	33,3	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Domizil	%	11,9	25,0	18,2	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West	%	53,7	50,0	50,0	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Domizil	%	57,0	54,5	55,6	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	108.642,08	77.000	75.322	75.322	75.322	75.322
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.039,39	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.369,21	14.300	12.800	12.800	12.800	12.800
= Ordentliche Erträge	124.050,68	91.300	88.122	88.122	88.122	88.122
- Personalaufwendungen	446.668,56	450.419	493.176	503.037	508.069	513.149
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.563,58	5.850	7.300	7.300	7.300	7.300
- Bilanzielle Abschreibungen	7.518,00	7.655	4.937	4.872	4.940	4.927
- Transferaufwendungen	7.329,76	13.700	10.500	10.500	10.500	10.500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	132.947,25	97.050	98.220	98.220	98.220	98.220
= Ordentliche Aufwendungen	601.027,15	574.674	614.133	623.929	629.029	634.096
= Ordentliches Ergebnis	-476.976,47	-483.374	-526.011	-535.807	-540.907	-545.974
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	136.562,38	135.807	139.493	140.930	142.826	144.720
= Ergebnis	-613.538,85	-619.181	-665.504	-676.737	-683.733	-690.694

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	108.642,08	77.000	75.000	0	75.000	75.000	75.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.428,80	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	13.867,21	14.300	12.800	0	12.800	12.800	12.800
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	126.938,09	91.300	87.800	0	87.800	87.800	87.800
- Personalauszahlungen	424.447,98	430.523	472.897	0	482.353	487.178	492.049
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.699,73	5.650	6.700	0	6.700	6.700	6.700

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Transferauszahlungen	162.436,66	182.375	200.100	0	200.100	204.300	204.300
- Sonstige Auszahlungen	110.980,47	98.050	98.970	0	97.970	97.970	97.970
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	704.564,84	716.598	778.667	0	787.123	796.148	801.019
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-577.626,75	-625.298	-690.867	0	-699.323	-708.348	-713.219
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	5.392,10	5.200	5.700	0	4.800	4.800	4.800
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.392,10	5.200	5.700	0	4.800	4.800	4.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-583.018,85	-630.498	-696.567	0	-704.123	-713.148	-718.019

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17,7	0,0	5,4	5,2	5,7	0,0	4,8	4,8	4,8
Saldo Investitionstätigkeit	-17,7	0,0	-5,4	-5,2	-5,7	0,0	-4,8	-4,8	-4,8

Erläuterungen

Die Erträge und Aufwendungen sind auf Basis der Ansätze für 2012 geplant.

Die vereinbarten Ansätze für die Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan 2010 – 2014 festgestellten Handlungsbedarfe und für die Schaffung niederschweligen Angebote werden fortgesetzt. Insgesamt stehen weiterhin 35.000 Euro zur Verfügung.

Die Personalaufwendungen beinhalten die vereinbarten Tarifsteigerungen. Die Planwerte 2013 für die Leistungen der Jugendzentren wurden aktualisiert, entsprechend kommt es zu kleinen Anpassungen im Bereich der Kennzahlen.

Nach Fortführung der Verträge für Drogenberatung (63.200 Euro) und mobile Jugendarbeit (126.400 Euro) sind die Verbindlichkeiten wie in den Vorjahren nur in den Transferauszahlungen kalkuliert.

Für den Erwerb von Ausstattungsgegenständen in den städtischen Jugendzentren sind 5.700 Euro angemeldet.

Kurzbeschreibung

Finanzielle und fachliche Unterstützung von freien Trägern der Jugendarbeit, Vereinen, Verbänden, Gruppen und Initiativen bei der Durchführung von Angeboten für Kinder und Jugendliche, Vergabe von Einzelbeihilfen (Kinder- und Jugendfreizeiten) an einkommensschwache Kinder, Jugendliche und Familien

Ziele

- Förderung einer Angebotsvielfalt durch finanzielle Unterstützung unterschiedlicher Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen
- Förderung der Entwicklung des Familienlebens durch Ferienfreizeiten
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Örtlich tätige Träger der Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen, Kinder, Jugendliche und deren Familien

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	0,58	0,59	0,58	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durch Bezuschussung erreichte Kinder und Jugendliche (überwiegend zwischen 1 Jahr und 18 Jahren)	Anz.	2.272	1.800	1.800	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Zuschuss pro Kind	€	18	27	27	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	34.235,43	35.327	37.903	38.660	39.048	39.437
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.120,00	1.800	2.000	2.000	2.000	2.000
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	147.902,79	155.941	155.941	155.941	155.941	155.941
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.422,70	2.490	2.440	2.440	2.440	2.440
= Ordentliche Aufwendungen	184.927,92	195.816	198.284	199.041	199.429	199.818
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.498,61	8.012	9.452	9.352	9.496	9.627
= Ergebnis	-194.426,53	-203.828	-207.736	-208.393	-208.925	-209.445

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	34.302,12	34.958	37.480	0	38.229	38.613	38.998
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.120,00	1.700	1.700	0	1.700	1.700	1.700
- Transferauszahlungen	149.202,79	155.941	155.941	0	155.941	155.941	155.941
- Sonstige Auszahlungen	1.422,70	2.490	2.440	0	2.440	2.440	2.440
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	186.047,61	195.089	197.561	0	198.310	198.694	199.079
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-186.047,61	-195.589	-197.861	0	-198.610	-198.994	-199.379

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Aufgrund der Ergebnisse in 2011 und der aktuellen Entwicklung in 2012 sind im Jahr 2013 Personaleinsatz, Leistung und Kennzahl auf dem Niveau der Vorjahre geplant.

Kurzbeschreibung

Beratung, Unterstützung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihren Familien in sozialen, familiären und wirtschaftlichen Problemen, wie Trennung, Scheidung, Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch, Obdachlosigkeit und in Notsituationen, Familien- und Jugendgerichtshilfe
 Planung, Vermittlung von und Entscheidung über Hilfen zur Erziehung, Betreuung im Rahmen von Heimunterbringung und sonstige betreute Wohnformen, Sicherstellen des notwendigen Lebensunterhaltes außerhalb des Elternhauses und Übernahme der Kosten für pädagogische Förderung
 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Ursprungsfamilie leben können, erhalten umfassende Betreuung.
 Vollzeitpflege und angemessene Hilfe in einer Pflegefamilie zur Sicherung ihres Anspruches auf Erziehung

Ziele

- Förderung des Erhaltes der familiären Zusammenhänge als Sozialisationsraum für junge Menschen durch Qualifikation und Unterstützung der Eltern
- Anstreben eine das Wohl des Kindes fördernde einvernehmlich geregelte Wahrnehmung der elterlichen Sorge
- Förderung einer bedürfnisorientierten Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
- Entwicklung einer akzeptablen Lebensperspektive für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende zur Vermeidung erneuter Straffälligkeit; Hilfestellung bei Entscheidungsfindungen in gerichtlichen Verfahren
- Sicherstellen eine dem Wohl des Kindes förderliche Erziehung durch altersentsprechende familienersetzende oder ergänzende Hilfen
- Schaffen einer eindeutigen Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige durch Unterstützung bei der Aufarbeitung bisheriger schädigender / traumatischer Erlebnisse

Auftragsgrundlage

KJHG, BGB, JGG

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Mütter und Väter, gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	19,44	19,61	17,96	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in ambulanten Hilfen zur Erziehung	Anz.	256	228	285	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in teilstationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	38	36	38	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in stationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	121	123	130	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Pflegefamilien	Anz.	119	116	128	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittliche Kosten je Kind in der ambulanten Hilfe im Jahr	€	5.384	6.200	6.300	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in Pflegefamilien im Jahr	€	11.719	12.000	14.000	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der teilstationären Hilfe im Jahr	€	18.772	19.500	25.000	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der stationären Hilfe im Jahr	€	47.971	47.100	50.000	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	44.105	44.105	44.105	44.105
+ Sonstige Transfererträge	1.096.287,39	1.093.500	1.292.500	1.292.500	1.292.500	1.292.500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.534,67	8.000	9.500	9.500	9.500	9.500
= Ordentliche Erträge	1.100.822,06	1.101.500	1.346.105	1.346.105	1.346.105	1.346.105
- Personalaufwendungen	1.178.708,54	1.213.151	1.375.884	1.369.908	1.351.085	1.364.591
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.951,85	1.600	2.700	2.700	2.700	2.700
- Bilanzielle Abschreibungen	5.791,26	1.720	371	371	371	371
- Transferaufwendungen	10.284.859,28	9.712.264	11.123.750	11.211.250	11.211.250	11.211.250
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.473,01	29.350	30.830	16.830	16.830	16.830
= Ordentliche Aufwendungen	11.493.783,94	10.958.085	12.533.535	12.601.059	12.582.236	12.595.742
= Ordentliches Ergebnis	-10.392.961,88	-9.856.585	-11.187.430	-11.254.954	-11.236.131	-11.249.637
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	219.828,59	303.972	255.156	251.594	254.579	257.193
= Ergebnis	-10.612.790,47	-10.160.557	-11.442.586	-11.506.548	-11.490.710	-11.506.830

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	44.000	0	44.000	44.000	44.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	970.808,13	1.092.500	1.292.500	0	1.292.500	1.292.500	1.292.500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.585,95	8.000	9.500	0	9.500	9.500	9.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	993.394,08	1.100.500	1.346.000	0	1.346.000	1.346.000	1.346.000
- Personalauszahlungen	1.042.484,30	1.072.474	1.209.045	0	1.233.222	1.245.556	1.258.008
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	45,84	500	400	0	400	400	400
- Transferauszahlungen	9.828.545,82	10.629.764	12.196.250	0	11.211.250	11.211.250	11.211.250
- Sonstige Auszahlungen	17.541,50	29.350	30.830	0	16.830	16.830	16.830
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.888.617,46	11.732.088	13.436.525	0	12.461.702	12.474.036	12.486.488
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.895.223,38	-10.631.588	-12.090.525	0	-11.115.702	-11.128.036	-11.140.488
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	6.906,01	1.900	2.300	0	2.300	2.300	2.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.906,01	1.900	2.300	0	2.300	2.300	2.300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-9.902.129,39	-10.633.488	-12.092.825	0	-11.118.002	-11.130.336	-11.142.788

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	6,9	1,9	2,3	0,0	2,3	2,3	2,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-6,9	-1,9	-2,3	0,0	-2,3	-2,3	-2,3

Erläuterungen

Die Entwicklung der Hilfezahlen seit Sommer 2011, insbesondere die Hochrechnungen und Prognosen in 2012, machen es notwendig, die Planzahlen für 2013 anzuheben.

Während die teilstationären Hilfen in etwa auf dem Niveau von 2011 und 2012 liegen, überschreiten die Werte für den ambulanten und stationären Bereich in 2013 die Ansätze der Vorjahre.

Die Finanzen, Transferaufwendungen aber auch sonstige Transfererträge, wurden entsprechend aktualisiert. Die Kennzahlen erfahren einmal durch den allgemeinen Anstieg der Hilfen als auch durch steigende kostenintensive Einzelfallhilfen eine Erhöhung.

Am 01.01.2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten. Die Bundesregierung will umfassend den aktiven Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessern und die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. Der Elternbesuchsdienst ist ein Punkt in der Umsetzung des Gesetzes und eine neue Angebotsform der Kinder- und Jugendhilfe. Ziel ist es, Eltern zu informieren, Hilfeangebote zu vermitteln und den Zugang zu Eltern zu schaffen, um frühzeitig Belastungen zu erkennen.

Neben den vereinbarten Tarifierhöhungen sind im Personalaufwand in einem ersten Schritt für den Elternbesuchsdienst Kosten eingeplant. Der Planwert der Stellen wird sich zukünftig erhöhen.

Die Verbindlichkeit aufgrund vertraglicher Verpflichtung für den sozialpädagogischen Hort in der Villa am Hügel ist in den Transferauszahlungen kalkuliert (Vertrag bis 31.07.2013).

Kurzbeschreibung

Pflege und Erziehung der Kinder (Mündel) in Nachbildung des Elternrechts als Wesen der Vormundschaften; Sicherung der öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche Minderjähriger und junger Volljähriger, Feststellung der Vaterschaft, Prozessvertretungen

Ziele

- Wahrnehmung der elterlichen Sorge und der gesetzlichen Vertretung des Kindes in persönlichem Kontakt zum Mündel
- Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen
- Werbung, Gewinnung und Beratung von ehrenamtlichen Vormündern
- Kinder sind informiert über ihre (abstammungsrechtliche) Herkunft durch Feststellung von Vaterschaften.
- Geltendmachen und Durchsetzen von Unterhaltsansprüchen
- ausreichende Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden, Aufzeigen von konkreten Lösungsmöglichkeiten

Auftragsgrundlage

SGB VIII, BGB, ZPO, Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, junge Volljährige, Mütter und Väter

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4,68	4,84	4,69	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Kinder (Beistandschaften)	Anz.	868	900	820	0	0	0
gesetzliche Amtsvormundschaften	Anz.	0	5	2	0	0	0
bestellte Amtsvormundschaften und -pflugschaften	Anz.	0	85	84	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Beistandschaft	€	0	248	272	0	0	0
durchschnittlicher Betriebsaufwand je bestellter Amtsvormundschaft und -pflugschaft	€	0	1.146	1.672	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	245.460,52	277.383	325.031	331.531	334.845	338.194
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	600	700	700	700	700
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	317,57	100	1.960	1.960	1.960	1.960
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.116,37	4.590	4.590	790	790	790

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Aufwendungen	247.141,46	282.931	332.281	334.981	338.295	341.644
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.408,51	42.595	38.668	38.384	38.929	39.427
= Ergebnis	-276.549,97	-325.526	-370.949	-373.365	-377.224	-381.071

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	219.771,90	245.499	273.152	0	278.615	281.400	284.214
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	590,00	500	400	0	400	400	400
- Transferauszahlungen	317,57	100	1.960	0	1.960	1.960	1.960
- Sonstige Auszahlungen	1.110,84	4.590	4.590	0	790	790	790
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	221.790,31	250.689	280.102	0	281.765	284.550	287.364
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-221.790,31	-251.189	-280.402	0	-282.065	-284.850	-287.664

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Im Laufe des Jahres 2012 gibt es Aktualisierungen im Leistungsplan. Die Leistungen "gesetzliche Amtsvormundschaften" und "bestellte Amtsvormundschaften und -pflegschaften" wurden in 2012 aufgenommen und für 2013 gepflegt. Für einen ersten Planvergleich wurde 2012 ergänzt. Die Kennzahlen "Betriebsaufwand je Beistandschaft und je Vormundschaft" wurden angepasst. Ein Vergleich mit 2011 und 2012 ist hier aufgrund der Veränderungen in den Personalaufwendungen durch die Umsetzung der Aufgaben des Vormundschafts- und Betreuungsrechts nicht angebracht.

Kurzbeschreibung

Unterhaltssicherung für Kinder alleinerziehender Elternteile

Ziele

Sicherstellen des Lebensunterhaltes von Kindern mittels Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen

Auftragsgrundlage

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,57	2,56	4,37	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Kinder	Anz.	646	700	650	0	0	0
Überprüfungen der Unterhaltspflichtigen	Anz.	501	500	450	-	-	-
Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu laufenden Kostenbeiträgen	Anz.	250	250	250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind	€	2.049	1.995	2.153	-	-	-
Anteil der Heranziehung Unterhaltspflichtiger an Gesamtfallzahl der Überprüfungen	%	49,9	50,0	55,6	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfererträge	165.461,39	195.000	235.000	235.000	235.000	235.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	518.600,59	532.038	518.000	518.000	518.000	518.000
= Ordentliche Erträge	684.061,98	727.038	753.000	753.000	753.000	753.000
- Personalaufwendungen	126.231,66	150.898	259.318	264.505	267.149	269.821
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.200	700	700	700	700
- Bilanzielle Abschreibungen	1.532,18	258	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	1.161.450,53	1.219.339	1.208.000	1.208.000	1.208.000	1.208.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	966,90	2.520	2.530	330	330	330
= Ordentliche Aufwendungen	1.290.181,27	1.374.215	1.470.548	1.473.535	1.476.179	1.478.851
= Ordentliches Ergebnis	-606.119,29	-647.177	-717.548	-720.535	-723.179	-725.851
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.320,20	26.251	46.451	46.466	47.135	47.772
= Ergebnis	-652.439,49	-673.428	-763.999	-767.001	-770.314	-773.623

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfereinzahlungen	128.437,78	185.000	235.000	0	235.000	235.000	235.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	537.534,92	532.038	518.000	0	518.000	518.000	518.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	665.972,70	717.038	753.000	0	753.000	753.000	753.000
- Personalauszahlungen	126.298,35	150.529	224.256	0	228.741	231.028	233.339
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.100	400	0	400	400	400
- Transferauszahlungen	1.158.493,53	1.219.339	1.208.000	0	1.208.000	1.208.000	1.208.000
- Sonstige Auszahlungen	966,90	2.520	2.530	0	330	330	330
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.285.758,78	1.373.488	1.435.186	0	1.437.471	1.439.758	1.442.069
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-619.786,08	-656.450	-682.186	0	-684.471	-686.758	-689.069
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-619.786,08	-656.950	-682.486	0	-684.771	-687.058	-689.369

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Nach einer Bestandsaufnahme hinsichtlich der Rückgriffe in 2011 wurde im Frühjahr 2012 ein Projekt für die Bearbeitung der Rückgriffe mit einem Zeitrahmen von ca. 1,5 Jahren eingerichtet.

Neben der Überprüfung des Umfangs im Leistungsplan wurden Personaleinsatz und – aufwendungen entsprechend angepasst. Die Kennzahl "durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind" steigt entsprechend.

Kurzbeschreibung

Schulpsychologische Arbeit vor Ort

Ziele

- Entwicklung einer Schule von einem Lernort zu einem Lebensort, in dem erzieherische Prozesse initiiert werden
- Einzelfallhilfe und sozialpädagogische Gruppenmaßnahmen in den Schulen

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss 1978 und 1989, schulpsychologische Hilfe als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge und -vorsorge

Zielgruppe

Schüler/innen einer Schulgemeinde, Lehrer/innen und Eltern

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	3,62	4,12	3,76	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Schüler/innen	Anz.	825	1.100	1.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/in	€	271	229	256	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	2.400	0	0	0
= Ordentliche Erträge	0,00	0	2.400	0	0	0
- Personalaufwendungen	216.204,13	246.138	250.000	255.000	257.550	260.124
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	50	200	200	200	200
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.367,06	960	850	850	850	850
= Ordentliche Aufwendungen	217.818,19	247.406	251.050	256.050	258.600	261.174
= Ordentliches Ergebnis	-217.818,19	-247.406	-248.650	-256.050	-258.600	-261.174
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.467,80	6.107	6.386	6.397	6.447	6.498
= Ergebnis	-224.285,99	-253.513	-255.036	-262.447	-265.047	-267.672

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	2.400	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	2.400	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	216.270,86	245.769	249.577	0	254.568	257.115	259.684
- Sonstige Auszahlungen	1.368,53	960	850	0	850	850	850
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	217.639,39	246.729	250.427	0	255.418	257.965	260.534
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-217.639,39	-246.729	-248.027	0	-255.418	-257.965	-260.534
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	200	0	200	200	200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	200	0	200	200	200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-217.639,39	-247.179	-248.227	0	-255.618	-258.165	-260.734

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,2	0,0	0,2	0,2	0,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,2	0,0	-0,2	-0,2	-0,2

Erläuterungen

Aufgrund der Erwartungen für das Jahr 2013 wurden das Budget und die Leistungen angepasst. Ab dem Jahr 2012 erfolgt durch die Kooperationsvereinbarung mit dem Kreis Lippe für den Einsatz von zusätzlichen Schulsozialarbeitern im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eine jährliche Zuweisung von 2.400 Euro.

Der Personaleinsatz 2013 liegt unter dem Plan 2012, da der Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung längerfristig nicht realisiert wird. Die Personalaufwendungen bleiben aufgrund von Tarifierhöhungen und Verteilung Overhead auf dem Niveau des Jahres 2012.

Planungsreport 2013

Fachbereich 2 Teilbudget Soziales

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Dienstleistungen des Teilbudgets Soziales im Fachbereich 2, Jugend, Schule, Soziales und Sport sind überwiegend Pflichtaufgaben, auf deren Erfüllung die Bürger/innen einen gesetzlichen Anspruch haben.

Die Planungen für das Jahr 2013 gehen davon aus, dass im Bereich Soziales des Fachbereiches 2, Jugend, Schule, Soziales und Sport 24 Mitarbeiter/innen (in rd. 21,5 Vollzeitstellen) beschäftigt sind. 9 Mitarbeiter/innen arbeiten in Teilzeit, das entspricht einer Quote von rd. 37,5 %.

Die Leistungspalette ist in drei Produktgruppen mit insgesamt neun Produkten gegliedert. Ein Produkt ist in Leistungen unterteilt, die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Änderungen sind für das Wirtschaftsjahr 2013 nicht vorgesehen.

Die Arbeit des Bereiches Soziales tangiert mehrere strategische Handlungsfelder und knüpft dabei insbesondere an die Handlungsfelder Bildung, Familien und Integration an.

Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.

Die Produkte „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ sind ausschließlich geprägt von der Zahl der Leistungsberechtigten, insbesondere in den Teilbereichen der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung (keine finanziellen Auswirkungen der Transferaufwendungen im Fachbereichsbudget) und Grundleistungen nach dem AsylbLG steigt diese kontinuierlich an. Immer mehr Rentner haben Anspruch auf Grundsicherung im Alter und mehr Asylbewerber werden dem Raum Detmold zugewiesen. Aufgrund der Zunahme im Leistungsumfang ist die Auskömmlichkeit der Personalausstattung in der Sachbearbeitung in gewissen Abständen zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Im Produkt „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ sind die Landeszuweisung und die Aufwendungen zum einen aufgrund der stark gestiegenen Zahl von Leistungsberechtigten und zum anderen aufgrund der Erhöhung der Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012) angepasst worden. Aktuell ist eine Neuregelung durch den Gesetzgeber in Arbeit, für den Übergang orientieren sich die Sätze an den Leistungen nach SGB II und SGB XII.

Im Produkt „Wohngeld“ wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Wohngeldbewilligungen reduziert; im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 20 %.

Gründe für den Rückgang sind der Wegfall des so genannten Kinderwohngeldes, der Wegfall des Heizkostenzuschusses und Änderungen im Bereich der Grundsicherung.

Im Produkt „Ausländerangelegenheiten“ ist durch die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) mit höheren Verwaltungsgebühren zu rechnen. Zum einen ist die einzelne Gebühr höher und zum anderen gibt es weniger Befreiungstatbestände. Die Gebührenstruktur der erstellten eAT ist sehr vielschichtig, je nach persönlichen Voraussetzungen der Antragsteller. Den höheren Erträgen stehen aller-

dings auch höhere Aufwände gegenüber. Die Erstattungen an die Bundesdruckerei steigen und für die Bearbeitung der eATs ist ein höherer Personalaufwand erforderlich.

Die nachstehenden Verträge enden in 2013.

- Niedrigschwellige ambulante Arbeit – aufsuchende Sozialarbeit und Café, Laufzeit bis 31.03.2013
Ein gemeinsames Projekt mit dem Kreis Lippe und der Stiftung Herberge zur Heimat, das möglichst eine Bezuschussung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe beinhaltet, ist angestrebt (s. Niederschrift der Sitzung vom 05.06.2012 des Ausschusses für soziale Angelegenheiten).
- Gemeinwesenarbeit im Sozialraum Hiddeser Berg, Laufzeit bis 30.06.2013
- Förderung des Seniorenbegegnungszentrum Elisabethstraße, Laufzeit bis 31.12.2013
Über eine Verlängerung des Vertrages ist bis zum 30.06.2012 zu entscheiden.

Über die Weiterführung der Arbeit und die entsprechenden Rahmenbedingungen sind Verhandlungen zu führen und die Ergebnisse den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Inwieweit die Leistungspalette des Bereiches Soziales in 2013 und den Folgejahren über die oben skizzierten Änderungen hinaus durch Änderungen in der Bundes- bzw. Landesgesetzgebung Umstrukturierungen unterliegt, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Die weiteren Entwicklungen müssen beobachtet werden, um die Auswirkungen auf die Leistungspalette des Bereiches Soziales abschätzen und berücksichtigen zu können.

II Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2011 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2011 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsbereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	85.000 Euro
Differenz zu 2012: 0 Euro	
Zuweisungen der anteiligen Ausgleichsabgabe, Einnahmeteiligung der BSHG-Altfälle	

Sonstige Transfererträge	271.300 Euro
Differenz zu 2012: + 103.500 Euro	
Erstattungen des Landes nach dem FlüAG, Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz Dritter	
Gegenüber 2012 wird von höheren Erstattungen nach dem FlüAG ausgegangen.	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	268.000 Euro
Differenz zu 2012: + 51.459 Euro	
Verwaltungsgebühren, Nutzungsentschädigungen Unterkünfte	
Gegenüber 2012 wird sowohl bei den Verwaltungsgebühren als auch Nutzungsentschädigungen für Unterkünfte von höheren Entgelten ausgegangen.	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.600 Euro
Differenz zu 2012: 0 Euro	
Erstattungen Land (Unterkünfte für Aussiedler/innen), Einnahmen aus Veranstaltungen der Seniorenwoche, Erstattungen der Kosten für die Rückführung von Ausländern	
Sonstige ordentliche Erträge	100 Euro
Differenz zu 2012: 0 Euro	
Bußgelder	
Ordentliche Erträge insgesamt	630.000 Euro
Differenz zu 2012: + 154.959 Euro	

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen	1.411.825 Euro
Differenz zu 2012: - 44.523 Euro	
Die Kalkulation der Personalaufwendungen orientiert sich an einheitlichen Vorgaben. Eine Reduzierung des Ansatzes ergibt sich aus getroffenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen.	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	110.500 Euro
Differenz zu 2012: + 14.450 Euro	
Höhere Unterhaltungskosten der Unterkünfte, Seniorenwoche und Veranstaltungen	
Bilanzielle Abschreibungen	8.100 Euro
Werteverzehr für Inventar und Geräte	
Differenz zu 2012: - 3.599 Euro	
Werteverzehr für Inventar und Geräte vor allem in den Unterkünften	
Transferaufwendungen	1.481.541 Euro
Differenz zu 2012: + 437.547 Euro	
Leistungen Asylbewerber/innen, städtische Mittel ASD, begleitende Hilfen nach dem SGB IX, Zuschüsse an Altenbegegnungsstätten, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen	
Maßgeblich für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Anstieg der Leistungsberechtigten und Höhe der Grundleistungen).	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	85.648 Euro
Differenz zu 2012: + 8.640 Euro	

Sitzungsgelder, Fahrtkosten und Auslagen der Beiräte, Sachkosten für Projekte, Kosten für die Rückführung von Ausländern, Erstattungen an die Bundesdruckerei. Gegenüber dem Vorjahr gibt es besonders im Produkt Ausländerangelegenheiten (elektronischer Aufenthaltstitel) Steigerungen.

Ordentliche Aufwendungen insgesamt **3.097.614 Euro**
Differenz zu 2012: + 412.515 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen **366.049 Euro**
Differenz zu 2012: + 30.862 Euro
Aufgrund von Aktualisierungen in den Verteilungsmodellen steigen hier die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen.

Ordentliches Ergebnis **- 2.833.663 Euro**
Differenz zu 2012: + 288.418 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen und einer Rückzahlungsverpflichtung ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Personalauszahlungen **1.295.510 Euro**
Die Auszahlungen sind um 116.315 Euro geringer als die Personalaufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen **106.400 Euro**
Die Auszahlungen sind um 4.100 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen **1.627.086 Euro**
Die Auszahlungen sind insgesamt um 145.545 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen sind in die Transferauszahlungen eingeplant.

Sonstige Auszahlungen **85.648 Euro**
Die Auszahlungen sind auf gleicher Höhe wie die Aufwendungen geplant.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 366.049 Euro und die bilanziellen Abschreibungen i. H. v. 8.100 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen im Verwaltungsbereich und in den städtischen Unterkünften sind für 2013 für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen und Geräten 16.500 Euro geplant.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.763,32	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
+ Sonstige Transfererträge	160.284,56	167.800	271.300	231.300	231.300	231.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	204.143,98	216.541	268.000	268.000	268.000	268.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.682,51	5.600	5.600	5.600	5.600	5.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	425.874,37	475.041	630.000	590.000	590.000	590.000
- Personalaufwendungen	1.374.629,31	1.456.348	1.411.825	1.430.969	1.436.446	1.450.799
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	146.760,14	96.050	110.500	110.500	110.500	110.500
- Bilanzielle Abschreibungen	15.445,91	11.699	8.100	7.996	6.715	6.813
- Transferaufwendungen	999.918,66	1.043.994	1.481.541	1.256.509	1.286.109	1.286.109
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.604,23	77.008	85.648	85.648	85.648	85.648
= Ordentliche Aufwendungen	2.582.358,25	2.685.099	3.097.614	2.891.622	2.925.418	2.939.869
= Ordentliches Ergebnis	-2.156.483,88	-2.210.058	-2.467.614	-2.301.622	-2.335.418	-2.349.869
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	399.250,75	335.187	366.049	362.173	366.623	370.597
= Ergebnis	-2.555.734,63	-2.545.245	-2.833.663	-2.663.795	-2.702.041	-2.720.466

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.763,32	110.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	165.314,02	167.800	271.300	0	231.300	231.300	231.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	206.896,19	216.541	268.000	0	268.000	268.000	268.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.167,27	5.600	5.600	0	5.600	5.600	5.600
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	437.140,80	500.041	630.000	0	590.000	590.000	590.000
- Personalauszahlungen	1.270.955,48	1.344.525	1.295.510	0	1.321.429	1.334.646	1.347.980
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	142.500,29	94.500	106.400	0	106.400	106.400	106.400
- Transferauszahlungen	1.172.513,10	1.222.369	1.627.086	0	1.347.086	1.322.086	1.286.109
- Sonstige Auszahlungen	118.406,06	77.008	85.648	0	85.648	85.648	85.648
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.704.374,93	2.738.402	3.114.644	0	2.860.563	2.848.780	2.826.137
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.267.234,13	-2.238.361	-2.484.644	0	-2.270.563	-2.258.780	-2.236.137
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	19.554,73	10.950	16.500	0	16.500	16.500	16.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.554,73	10.950	16.500	0	16.500	16.500	16.500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.554,73	-10.950	-16.500	0	-16.500	-16.500	-16.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-2.286.788,86	-2.249.311	-2.501.144	0	-2.287.063	-2.275.280	-2.252.637
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanzierungstätigkeit	-2.286.788,86	-2.249.311	-2.501.144	0	-2.287.063	-2.275.280	-2.252.637

Kurzbeschreibung

Laufende und einmalige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII); Delegationssatzung des Kreises Lippe in der jeweils gültigen Fassung; Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Zivildienstgesetz (ZDG)

Zielgruppe

Alle Personen, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Stadt Detmold haben und hilfebedürftig im Sinne des SGB XII sind; Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Wehrübende und ihre Familienangehörigen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4,62	4,40	3,76	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, 3. Kapitel)	Fälle	81	85	90	0	0	0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)	Fälle	520	510	580	0	0	0
Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	Fälle	12	16	8	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand / Jahr je Fall Leistungen nach SGB XII und USG	€	548	521	440	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.481,25	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
= Ordentliche Erträge	32.481,25	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
- Personalaufwendungen	261.140,40	260.017	251.033	246.956	240.591	242.996
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	500	1.000	1.000	1.000	1.000
- Bilanzielle Abschreibungen	949,00	960	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	75,80	80	80	80	80	80
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.716,20	3.250	3.550	3.550	3.550	3.550
= Ordentliche Aufwendungen	264.881,40	264.807	255.663	251.586	245.221	247.626
= Ordentliches Ergebnis	-232.400,15	-249.807	-240.663	-236.586	-230.221	-232.626
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.496,25	54.884	64.022	62.270	63.239	64.049
= Ergebnis	-303.896,40	-304.691	-304.685	-298.856	-293.460	-296.675

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.481,25	15.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	32.481,25	15.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
- Personalauszahlungen	241.152,59	237.993	220.485	0	224.894	227.144	229.414
- Transferauszahlungen	75,80	80	80	0	80	80	80
- Sonstige Auszahlungen	2.793,46	3.250	3.550	0	3.550	3.550	3.550
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	244.021,85	241.323	224.115	0	228.524	230.774	233.044
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-211.540,60	-226.323	-209.115	0	-213.524	-215.774	-218.044
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	900	1.000	0	1.000	1.000	1.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	900	1.000	0	1.000	1.000	1.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-211.540,60	-227.223	-210.115	0	-214.524	-216.774	-219.044

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,9	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,9	-1,0	0,0	-1,0	-1,0	-1,0

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfanges wurden die Erfahrungen des Jahres 2011 und des 1. Halbjahres 2012 herangezogen. Die Entwicklung der Zahl der Grundsicherungsempfänger insbesondere im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung machen es notwendig, die Planzahlen für 2013 anzuheben. Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Unterhaltssicherungsgesetz geht weiterhin zurück.

Trotz des hohen Rechnungsergebnisses beim städtischen Anteil aus der Abwicklung der BSHG-Altfälle ist für 2013 wieder mit einer rückläufigen Entwicklung zu rechnen.

Kurzbeschreibung

Gewährung bzw. Versagung laufender Leistungen, Krankenhilfe, Hilfen bei Geburt und Schwangerschaft und sonstiger Leistungen

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Zielgruppe

Alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich tatsächlich im Gebiet der Stadt Detmold aufhalten und leistungsberechtigt nach § 1 Abs. 1 AsylbLG sind

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,24	1,24	1,25	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
betreute Personen / Grundleistungen	Anz.	81	80	105	0	0	0
- Ausgaben	€	453.498	432.000	579.200	-	-	-
betreute Personen / Leistungen analog SGB XII	Anz.	55	60	55	0	0	0
- Ausgaben	€	444.727	468.000	447.000	-	-	-
Erstattungen des Landes	€	116.232	120.000	168.000	-	-	-
anrechnungsfähige Personen	Anz.	13	55	0	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreute Person	€	672	612	590	-	-	-
Verhältnis Erstattungen des Landes zu Leistungsgewährung	%	12,9	13,3	16,4	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfererträge	120.041,21	126.000	214.000	174.000	174.000	174.000
= Ordentliche Erträge	120.041,21	126.000	214.000	174.000	174.000	174.000
- Personalaufwendungen	72.791,79	74.872	82.017	83.658	84.495	85.340
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	550	500	500	500	500
- Bilanzielle Abschreibungen	692,00	464	206	206	206	206
- Transferaufwendungen	898.507,34	900.000	1.299.200	1.019.200	1.019.200	1.019.200
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	468,15	430	320	320	320	320
= Ordentliche Aufwendungen	972.459,28	976.316	1.382.243	1.103.884	1.104.721	1.105.566
= Ordentliches Ergebnis	-852.418,07	-850.316	-1.168.243	-929.884	-930.721	-931.566

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.432,91	15.040	13.094	12.938	13.120	13.283
= Ergebnis	-870.850,98	-865.356	-1.181.337	-942.822	-943.841	-944.849

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfereinzahlungen	121.775,57	126.000	214.000	0	174.000	174.000	174.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	121.775,57	126.000	214.000	0	174.000	174.000	174.000
- Personalauszahlungen	69.944,38	71.684	76.685	0	78.220	79.002	79.792
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	930,58	500	300	0	300	300	300
- Transferauszahlungen	932.915,56	900.000	1.299.200	0	1.019.200	1.019.200	1.019.200
- Sonstige Auszahlungen	468,15	430	320	0	320	320	320
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.004.258,67	972.614	1.376.505	0	1.098.040	1.098.822	1.099.612
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-882.483,10	-846.614	-1.162.505	0	-924.040	-924.822	-925.612
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	200	0	200	200	200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	200	0	200	200	200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-882.483,10	-847.064	-1.162.705	0	-924.240	-925.022	-925.812

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,2	0,0	0,2	0,2	0,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,2	0,0	-0,2	-0,2	-0,2

Erläuterungen

Die für das Haushaltsjahr 2013 geplanten Ansätze bei Ertrag und Transferaufwendungen beruhen auf den zum Stichtag 31.03.2012 ermittelten Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben. Diese Zahlen wurden unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung sowie der voraussichtlich in 2012 noch aufzunehmenden Asylbewerber/innen und der Abgänge für das Jahr 2013 hochgerechnet. Die Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) erfolgt weiterhin pauschal nach einem Zuweisungsschlüssel.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Budgets lag die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Asylbewerberleistungsgesetz noch nicht vor. Der Leistungsumfang wird zukünftig auch unter Einbeziehung der noch zu erfolgenden gesetzlichen Regelungen angepasst. Die monetären Auswirkungen für das Budget sind nach deren Ermittlung in der Änderungsliste zu den Budgetberatungen darzustellen.

Kurzbeschreibung

Beratung und (immaterielle und materielle) Unterstützung von Familien oder Einzelpersonen bei der Überwindung sozialer Schwierigkeiten, der Bewältigung von Krisensituationen und Alltagsproblemen

Ziele

Stärkung der Selbsthilfe und des persönlichen Verantwortungsbewusstseins; Behebung akuter Notlagen durch finanzielle und immaterielle Hilfe

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss (städt. Mittel); Konzept Allgemeiner Sozialer Dienst (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 7.11.2001)

Zielgruppe

Alle Personen, die in der Stadt Detmold gemeldet sind und sich in einer Notsituation befinden

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,46	1,54	1,17	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Beihilfen	Anz.	2	3	3	-	-	-
- Ausgaben	€	2.155	4.000	4.000	-	-	-
Integration von Obdachlosen (Neuzugänge)	Anz.	24	25	25	-	-	-
Vorgänge, in denen eine Integration erfolgt ist	Anz.	21	23	23	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	21	21	-	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	-	2	2	-	-	-
Ausgaben	€	-	1.000	1.000	-	-	-
Vermeidung von Obdachlosigkeit (von Wohnungsverlust bedrohte Personen o. Haushalte)	Anz.	84	100	100	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Beihilfen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Allgemeine Beratung	Anz.	305	310	330	-	-	-
Problemlösung durch - Vermittlung an andere Institutionen	Anz.	45	50	55	-	-	-
- finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen (städtische Mittel)	Anz.	132	150	150	-	-	-
Vorgänge, in denen die Obdachlosigkeit vermieden werden konnte	Anz.	75	90	90	-	-	-
Ausgaben	€	33.435	43.000	43.000	-	-	-
Ablehnung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung (städtische Mittel)	Anz.	48	50	50	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	73	85	85	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	2	5	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Ausgaben	€	2.155	6.000	6.000	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	-	2	2	-	-	-
- Ausgaben	€	-	2.000	2.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	272	251	246	-	-	-
Erfolgsquote Vermeidung von Obdachlosigkeit	%	89,3	90,0	90,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	€	1.078	1.200	1.200	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	%	-	33,3	33,3	-	-	-
Erfolgsquote Integration von Obdachlosen	%	87,5	92,0	92,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Integration von Obdachlosen)	€	-	500	500	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Integration von Obdachlosen)	%	-	50,0	50,0	-	-	-
durchschnittliche finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen	€	253	287	287	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfererträge	4.053,42	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	4.053,42	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
- Personalaufwendungen	93.138,09	97.091	96.506	98.437	99.421	100.414
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	50	200	200	200	200
- Bilanzielle Abschreibungen	437,00	448	211	211	211	211
- Transferaufwendungen	35.970,45	50.000	76.157	84.875	84.875	84.875
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	321,19	290	290	290	290	290
= Ordentliche Aufwendungen	129.866,73	147.879	173.364	184.013	184.997	185.990
= Ordentliches Ergebnis	-125.813,31	-141.879	-168.364	-179.013	-179.997	-180.990
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.701,34	16.992	16.911	16.720	16.959	17.175
= Ergebnis	-145.514,65	-158.871	-185.275	-195.733	-196.956	-198.165

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfereinzahlungen	5.848,52	6.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.848,52	6.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Personalauszahlungen	91.295,49	94.658	94.024	0	95.906	96.865	97.832
- Transferauszahlungen	68.657,68	84.875	84.875	0	84.875	84.875	84.875
- Sonstige Auszahlungen	321,19	290	290	0	290	290	290
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	160.274,36	179.823	179.189	0	181.071	182.030	182.997
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-154.425,84	-173.823	-174.189	0	-176.071	-177.030	-177.997
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	200	0	200	200	200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	200	0	200	200	200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-154.425,84	-174.273	-174.389	0	-176.271	-177.230	-178.197

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,2	0,0	0,2	0,2	0,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,2	0,0	-0,2	-0,2	-0,2

Erläuterungen

Für die Planung des Leistungsumfanges wurde die Entwicklung im 1. Halbjahr 2012 zu Grunde gelegt. Im Großen und Ganzen ist sie vergleichbar mit den Vorjahren.

Die Ausgaben in dem Bereich Vermeidung von Obdachlosigkeit werden durch Verhandlungsspielräume bei den Vermietern und beim Jobcenter verhältnismäßig gering bleiben.

Im Bereich "Integration von Obdachlosen" wird die Anzahl gleichbleibend erwartet. Die allgemeine Beratung und die damit verbundenen Geldleistungen werden weiter vor allem von Problemen in Verbindung mit der Energieversorgung und der Wohnraumanmietung gekennzeichnet sein.

Da der Vertrag mit der Herberge zur Heimat Ende März 2013 ausläuft, sind in der weiteren Planung auch Mittel in den Transferaufwendungen (Ergebnisplan) zu kalkulieren.

In 2012 wird über die Weiterführung verhandelt. Ein gemeinsames Projekt mit dem Kreis Lippe und der Stiftung Herberge zur Heimat, möglichst mit Bezuschussung des Landschaftsverbandes Westfale-Lippe, wird angestrebt.

Kurzbeschreibung

Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen (wirtschaftlich und sachlich), Bearbeitung inkl. Entscheidung und Zahlbarmachung von Miet- und Lastenzuschuss

Ziele

Finanzielle Sicherung angemessenen Wohnens; zügige Bearbeitung der vollständigen Anträge

Auftragsgrundlage

Wohngeldgesetz (WoGG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X

Zielgruppe

Alle Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum i. S. von § 3 WoGG im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,74	3,21	2,41	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	1.711	1.900	1.500	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Bewilligung	€	114	105	114	-	-	-
Verhältnis Bewilligungen zu Haushalten in Detmold (es werden 36.000 Haushalte zugrunde gelegt)	%	4,8	5,3	4,2	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	159.212,65	166.062	135.106	137.808	139.189	140.580
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	300	300	300	300
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.197,96	1.800	1.500	1.500	1.500	1.500
= Ordentliche Aufwendungen	160.657,61	168.220	136.906	139.608	140.989	142.380
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.827,88	35.722	36.240	35.485	36.042	36.524
= Ergebnis	-195.485,49	-203.942	-173.146	-175.093	-177.031	-178.904

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	155.427,99	161.751	129.352	0	131.938	133.260	134.592
- Sonstige Auszahlungen	1.197,96	1.800	1.500	0	1.500	1.500	1.500

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	156.625,95	163.551	130.852	0	133.438	134.760	136.092
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-156.625,95	-164.051	-131.152	0	-133.738	-135.060	-136.392

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfangs wurden das Ergebnis 2011 und die Entwicklung des 1. Halbjahres 2012 herangezogen. Die Anzahl der Bewilligungen wird sich in 2013 voraussichtlich auf 1.500 reduzieren; Tendenz weiter sinkend.

Kurzbeschreibung

Schaffung, Verwaltung, Instandhaltung und Betrieb von Notunterkünften; Beratung und Hilfsangebote

Ziele

Versorgung der Zielgruppe mit Wohnraum; Förderung des eigenverantwortlichen und sozialverträglichen Zusammenlebens in den Übergangwohnheimen bzw. der Bewohner/innen und der Nachbarschaft, Integrationshilfen für Asylberechtigte

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Landesaufnahmegesetz, Satzungen der Stadt Detmold;

Konzept für die Arbeit der Kontaktstelle für Ausländer (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 13.02.1996)

Zielgruppe

von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, Aussiedler/innen, Asylbewerber/innen, ausländische Flüchtlinge, Asylberechtigte

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4,06	4,50	3,58	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
vorgehaltene Betten in Obdachlosenunterkünften	Anz.	54	54	54	0	0	0
untergebrachte Personen in Obdachlosenunterkünften	Anz.	25	27	27	0	0	0
vorgehaltene Betten in Übergangwohnheimen	Anz.	111	70	70	0	0	0
untergebrachte Personen in Übergangwohnheimen	Anz.	58	57	65	0	0	0
Beratungen von Asylberechtigten	Anz.	98	60	60	-	-	-
Beratungen von Asylbewerber/innen, ausländischen Flüchtlingen	Anz.	418	190	200	-	-	-
Projekte	Anz.	-	1	1	-	-	-
Teilnehmerzahl an Projekt	Anz.	-	8	8	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Obdachlosenunterkünfte	€	2.151	2.307	2.250	-	-	-
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Übergangwohnheime	€	2.970	4.024	3.845	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Beratung	€	213	457	352	-	-	-
Belegungsquote Obdachlosenunterkünfte	%	46,8	50,0	50,0	-	-	-
Belegungsquote Übergangwohnheime	%	52,7	81,4	92,9	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfererträge	36.189,93	35.800	52.300	52.300	52.300	52.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	166.777,18	176.541	208.000	208.000	208.000	208.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	600,00	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
= Ordentliche Erträge	203.567,11	213.941	261.900	261.900	261.900	261.900
- Personalaufwendungen	271.549,72	291.044	239.058	243.837	246.275	248.735
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	125.340,65	82.650	94.700	94.700	94.700	94.700
- Bilanzielle Abschreibungen	11.033,91	7.438	5.310	5.206	3.925	4.023
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.874,97	6.180	6.080	6.080	6.080	6.080
= Ordentliche Aufwendungen	412.799,25	387.312	345.148	349.823	350.980	353.538
= Ordentliches Ergebnis	-209.232,14	-173.371	-83.248	-87.923	-89.080	-91.638
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	146.286,60	134.758	139.554	140.104	141.124	142.126
= Ergebnis	-355.518,74	-308.129	-222.802	-228.027	-230.204	-233.764

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Sonstige Transfereinzahlungen	36.189,93	35.800	52.300	0	52.300	52.300	52.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	170.384,19	176.541	208.000	0	208.000	208.000	208.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	600,00	1.600	1.600	0	1.600	1.600	1.600
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	207.174,12	213.941	261.900	0	261.900	261.900	261.900
- Personalauszahlungen	267.362,82	284.734	231.612	0	236.245	238.607	240.990
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	134.106,41	82.500	94.100	0	94.100	94.100	94.100
- Sonstige Auszahlungen	78.991,76	6.180	6.080	0	6.080	6.080	6.080
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	480.460,99	373.414	331.792	0	336.425	338.787	341.170
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-273.286,87	-159.473	-69.892	0	-74.525	-76.887	-79.270
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	2.853,61	6.350	8.600	0	8.600	8.600	8.600
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.853,61	6.350	8.600	0	8.600	8.600	8.600
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-276.140,48	-165.823	-78.492	0	-83.125	-85.487	-87.870

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	32,0	0,0	2,9	6,4	8,6	0,0	8,6	8,6	8,6
Saldo Investitionstätigkeit	-32,0	0,0	-2,9	-6,4	-8,6	0,0	-8,6	-8,6	-8,6

Erläuterungen

Obdachlosenunterkünfte:

Der Plan 2013 befindet sich auf Vorjahresniveau.

Übergangwohnheime für Asylbewerber und Aussiedler:

Im Jahr 2011 wurden die Objekte Stratenweg 37-45 an die Eigentümer zurückgegeben. Die Kapazität für die Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern reduzierte sich in 2012 auf 70 Betten. Diese Bettenkapazität wird beibehalten. Die Zahl der untergebrachten Personen wird in 2013 mit 65 geplant.

Die hohe Auslastung der Unterkunft Heldmannstraße wird voraussichtlich zu steigenden Unterhaltungs- und Betriebskosten führen.

Für Beratungen von Asylberechtigten liegt der Planwert 2013 leicht über dem Ansatz des Jahres 2012.

Ob und wie Projekte in der Notunterkunft durchgeführt werden können, ist von der untergebrachten Personengruppe abhängig.

Kurzbeschreibung

Unterstützung bei der richterlichen Entscheidungsfindung in Betreuungsverfahren, gesetzliche Vertretung von Betreuten, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuungspersonen sowie anderer Ratsuchender, Werbung ehrenamtlicher Betreuungspersonen, Auswahl von Berufsbetreuern, Feststellung des Tätigkeitsumfangs der Berufsbetreuer und ihrer Vergütung

Ziele

Sicherung einer interessengerechten gesetzlichen Vertretung der betroffenen Personen im Bedarfsfall

Auftragsgrundlage

Betreuungsgesetz (BtG), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zielgruppe

Personen, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung die eigenen Angelegenheiten nicht interessengerecht regeln können, und Betreuer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,63	2,14	2,15	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der geführten Betreuungen	Anz.	16	20	0	0	0	0
Gerichtshilfe	Anz.	212	220	220	-	-	-
andere Querschnittsaufgaben	Anz.	136	120	130	-	-	-
Beratungen in Betreuungsangelegenheiten und weiteren themennahmen sozialen Problemen	Anz.	156	150	160	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	271	310	343	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	123.519,10	139.455	160.957	164.178	165.820	167.475
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	50	200	200	200	200
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	307,11	310	260	260	260	260
= Ordentliche Aufwendungen	124.073,21	140.073	161.417	164.638	166.280	167.935
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.370,36	12.081	13.682	13.628	13.815	13.990
= Ergebnis	-136.443,57	-152.154	-175.099	-178.266	-180.095	-181.925

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	89.562,08	115.317	132.197	0	134.843	136.191	137.551
- Sonstige Auszahlungen	307,11	310	260	0	260	260	260
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	89.869,19	115.627	132.457	0	135.103	136.451	137.811
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	200	0	200	200	200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	200	0	200	200	200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-89.869,19	-116.077	-132.657	0	-135.303	-136.651	-138.011

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,2	0,0	0,2	0,2	0,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,2	0,0	-0,2	-0,2	-0,2

Erläuterungen

In die Planung des Leistungsumfangs sind die Erfahrungen der Vorjahre und des 1. Halbjahrs 2012 eingeflossen. Die Anzahl der geführten Betreuungen soll in 2012 / 2013 auf 0 zurückgeführt werden, indem die Betreuungen an Berufsbetreuer abgegeben werden. Die Zahl der Gerichtshilfen und der Beratungen ist auf dem Vorjahresniveau. Die Querschnittsaufgaben steigen leicht.

Kurzbeschreibung

Förderung und Erhalt von Behindertenarbeitsplätzen

Ziele

Integration von schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen im Arbeits- und Berufsleben; Ausgleich der behindertenbedingten Nachteile

Auftragsgrundlage

Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

Zielgruppe

Arbeitgeber/innen und schwerbehinderte oder gleichgestellte Arbeitnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	0,67	1,04	0,65	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Präventions- und Kündigungsverfahren	Anz.	22	30	30	-	-	-
betreute Personen (begleitende Hilfen)	Anz.	41	70	60	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	1.049	764	571	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	27.282,07	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
= Ordentliche Erträge	27.282,07	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Personalaufwendungen	57.277,27	68.861	44.558	45.450	45.904	46.363
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	300	300	300	300
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	43.568,00	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.076,39	1.678	1.628	1.628	1.628	1.628
= Ordentliche Aufwendungen	102.168,66	140.897	116.486	117.378	117.832	118.291
= Ordentliches Ergebnis	-74.886,59	-70.897	-46.486	-47.378	-47.832	-48.291
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.422,95	7.094	6.948	6.803	6.904	6.989
= Ergebnis	-83.309,54	-77.991	-53.434	-54.181	-54.736	-55.280

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	27.282,07	95.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.500,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	28.782,07	95.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
- Personalauszahlungen	56.103,85	66.926	42.076	0	42.919	43.348	43.781
- Transferauszahlungen	43.568,00	95.000	95.000	0	95.000	70.000	70.000
- Sonstige Auszahlungen	1.076,39	1.678	1.628	0	1.628	1.628	1.628
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	100.748,24	163.604	138.704	0	139.547	114.976	115.409
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-71.966,17	-68.604	-68.704	0	-69.547	-44.976	-45.409
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-71.966,17	-69.104	-69.004	0	-69.847	-45.276	-45.709

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Die Erträge beinhalten die Mittel aus der Ausgleichsabgabe, die in gleicher Höhe nach SGB IX in begleitende Hilfen im Arbeitsleben fließen (s. Transferaufwendungen). Die Zahl der Präventions- und Kündigungsverfahren ist wie 2012 kalkuliert. Die Anzahl der betreuten Personen, die begleitende Hilfen erhalten, wird mit 60 geplant.

Kurzbeschreibung

Bezuschussung der Seniorenarbeit freier Träger; Koordination der Detmolder Seniorentage; finanzielle Förderung der im Rahmen der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen und Vereine; Gemeinwesenarbeit

Ziele

Förderung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Förderung der Selbsthilfe, des Ehrenamtes und der sozialen Integration im Stadtgebiet, Sicherstellung der Verbraucherinformation und -beratung durch finanzielle Förderung

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Förderrichtlinien, vertragliche Vereinbarungen

Zielgruppe

Ältere Mitbürger/innen; Selbsthilfegruppen, Vereine, Verbände und Kirchen und damit Detmolder Bürger/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	0,67	0,68	0,65	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
geförderte Altenbegegnungsstätten	Anz.	24	24	24	-	-	-
geförderte Selbsthilfegruppen und Vereine	Anz.	27	27	31	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
durchschnittlicher Betriebsaufwand je geförderte Einrichtung / Jahr	€	1.220	1.143	1.910	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	841,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
= Ordentliche Erträge	841,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Personalaufwendungen	41.685,66	42.757	44.559	45.452	45.906	46.364
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.648,16	11.550	11.800	11.800	11.800	11.800
- Bilanzielle Abschreibungen	247,00	258	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	21.797,07	23.914	36.104	82.354	111.954	111.954
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.859,18	12.810	12.560	12.560	12.560	12.560
= Ordentliche Aufwendungen	84.237,07	91.289	105.023	152.166	182.220	182.678
= Ordentliches Ergebnis	-83.396,07	-89.289	-103.023	-150.166	-180.220	-180.678
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.394,45	15.340	14.987	14.964	15.187	15.397
= Ergebnis	-103.790,52	-104.629	-118.010	-165.130	-195.407	-196.075

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	841,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	841,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
- Personalauszahlungen	40.512,24	40.822	42.077	0	42.921	43.350	43.782
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.825,93	11.500	11.500	0	11.500	11.500	11.500
- Transferauszahlungen	127.296,06	142.414	147.931	0	147.931	147.931	111.954
- Sonstige Auszahlungen	12.523,88	12.810	12.560	0	12.560	12.560	12.560
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.158,11	207.546	214.068	0	214.912	215.341	179.796
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-186.317,11	-205.546	-212.068	0	-212.912	-213.341	-177.796
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	450	300	0	300	300	300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	450	300	0	300	300	300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-186.317,11	-205.996	-212.368	0	-213.212	-213.641	-178.096

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,3	-0,3	-0,3

Erläuterungen

Grundlagen für die Förderung der Altenbegegnungsstätten, der Selbsthilfegruppen und Vereine sind die verschiedenen Richtlinien bzw. vertraglichen Vereinbarungen.

Die sich aus den Verträgen ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten sind während der Laufzeit nur im Teilfinanzplan enthalten.

Vertragliche Verbindungen bestehen mit der AWO Lippe e.V. / Förderung des Seniorenbegegnungszentrums Elisabethstraße bis 31.12.2013, der Verbraucherzentrale bis 31.12.2015, der Ev-ref. Kirchengemeinde Detmold West / Gemeinwesenarbeit Hiddeser Berg bis 30.06.2013 sowie dem Haus der Kirche Herberhausen bis 31.12.2014.

Da der Vertrag für die Gemeinwesenarbeit Hiddeser Berg Ende Juni 2013 ausläuft, sind in der weiteren Planung auch Mittel in den Transferaufwendungen (Ergebnisplan) zu kalkulieren.

In 2013 sollen 21 Altenbegegnungsstätten gefördert werden. 5 erhalten Zuschüsse für die Nutzung von Räumlichkeiten. 14 Altenbegegnungsstätten erhalten Zuschüsse für Aktivitäten lt. Richtlinien und 2 sowohl für die Nutzung der Räumlichkeiten als auch für die Aktivitäten. Die Richtlinien unterscheiden eine Förderung nach Öffnungszeiten.

Nach den Grundsätzen der Richtlinien erhalten anerkannte Selbsthilfegruppen und Vereine auf Antrag eine laufende Förderung von 200 bis 500 €. Im Jahr 2013 wird von 27 Förderanträgen mit einer Gesamtsumme von 6.100 € ausgegangen.

Der Beratungsstelle Detmold der Verbraucherzentrale NRW stehen in 2013 lt. Vertrag 35.977 € zu. Der aktuelle Vertrag endet zum 31.12.2012. Ein anschließender Vertrag über eine Laufzeit von 3 Jahren wurde im Jahr 2011 zwischen der Verbraucherzentrale NRW, dem Kreis Lippe und der Stadt Detmold für 3 Jahre abgeschlossen.

Kurzbeschreibung

Prüfung, Vorbereitung und Durchführung einer geordneten Einreise, eines geordneten Aufenthaltes und einer geordneten Ausreise sowie Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet

Auftragsgrundlage

Zuwanderungsgesetz (Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz-EU, Asylverfahrensgesetz etc. inkl. Vorläufige Anwendungshinweise (VAH), Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung und andere Spezialgesetze sowie Dienstanweisungen des Innenministers

Zielgruppe

Ausländische Staatsangehörige und ihre Bezugspersonen (Familienangehörige und Arbeitgeber)

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	5,15	5,68	5,82	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Entscheidung über den Aufenthaltsstatus und Einreiseanträge / Visa	Anz.	2.114	2.000	2.400	-	-	-
Gerichts- und Haftangelegenheiten	Anz.	119	120	120	-	-	-
Pass- und Passersatzpapier-Angelegenheiten	Anz.	379	400	400	-	-	-
Beratung und Entscheidung über Integrationskurs	Anz.	63	60	60	-	-	-
Ausländer/innen in Detmold	Anz.	4.555	4.450	4.500	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Detmold	%	6,3	6,1	6,2	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	144	159	160	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	37.366,80	40.000	60.000	60.000	60.000	60.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	241,51	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	37.608,31	42.100	62.100	62.100	62.100	62.100
- Personalaufwendungen	294.314,63	316.189	358.031	365.193	368.845	372.532
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.771,33	500	1.500	1.500	1.500	1.500
- Bilanzielle Abschreibungen	1.346,00	1.357	2.373	2.373	2.373	2.373

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.783,08	50.260	59.460	59.460	59.460	59.460
= Ordentliche Aufwendungen	331.215,04	368.306	421.364	428.526	432.178	435.865
= Ordentliches Ergebnis	-293.606,73	-326.206	-359.264	-366.426	-370.078	-373.765
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	67.318,01	43.276	60.611	59.261	60.233	61.064
= Ergebnis	-360.924,74	-369.482	-419.875	-425.687	-430.311	-434.829

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	36.512,00	40.000	60.000	0	60.000	60.000	60.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.726,27	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	40.238,27	42.100	62.100	0	62.100	62.100	62.100
- Personalauszahlungen	259.594,04	270.640	327.002	0	333.543	336.879	340.246
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	637,37	0	500	0	500	500	500
- Sonstige Auszahlungen	20.726,16	50.260	59.460	0	59.460	59.460	59.460
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	280.957,57	320.900	386.962	0	393.503	396.839	400.206
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-240.719,30	-278.800	-324.862	0	-331.403	-334.739	-338.106
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	16.701,12	900	5.400	0	5.400	5.400	5.400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	16.701,12	900	5.400	0	5.400	5.400	5.400
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-257.420,42	-279.700	-330.262	0	-336.803	-340.139	-343.506

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17,6	0,0	16,7	0,9	5,4	0,0	5,4	5,4	5,4
Saldo Investitionstätigkeit	-17,6	0,0	-16,7	-0,9	-5,4	0,0	-5,4	-5,4	-5,4

Erläuterungen

Der Leistungsumfang im Produkt Ausländerangelegenheiten wurde auf dem Vorjahresniveau geplant. Lediglich bei den Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus wird von einer um 20 % gestiegenen Anzahl ausgegangen.

Im Ergebnisplan sind sowohl bei den Erträgen als auch den Aufwendungen die Auswirkungen der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) ablesbar.

Planungsreport 2013

Fachbereich 2 Teilbudget Schule und Sport

I. Ausgangslage und Ausblick

Der Teilbereich Schule und Sport innerhalb des Fachbereiches 2 gliedert sich in drei Produkte:

- Schulen
- Sportförderung und Sportstätten
- Förderzentrum

Im Produkt **Schulen** werden die Schulträgeraufgaben der Stadt Detmold wahrgenommen (ohne Schulimmobilien). Fast ausschließlich handelt es sich bei den Leistungen dieses Produktes um gesetzliche Pflichtaufgaben.

Das Produkt **Sportförderung und Sportstätten** ist anders einzustufen. Auch wenn die Landesverfassung Nordrhein-Westfalen die Förderung des Sports als einen öffentlichen Auftrag einstuft, so handelt es sich bei den Leistungen in diesem Produkt um solche freiwilliger Natur.

Das **Förderzentrum** bietet Therapieleistungen für Schüler/innen an, die unter Legasthenie und Dyskalkulie leiden. Auch wenn die Durchführung der Therapien als kommunale Aufgabe eine freiwillige Leistung darstellt, so ist die Kostenübernahme dieser Therapien bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 35a SGB VIII eine Pflichtaufgabe für den örtlichen Träger der Jugendhilfe. In diesem Sinne führt das Förderzentrum letztlich eine Pflichtaufgabe aus.

Beim **Personal** sehen die Planungen für das Jahr 2013 im Teilbudget Schule und Sport den Einsatz von 52 Mitarbeiter/innen in 27,20 Vollzeitstellen vor. 67 % der Beschäftigten sind Teilzeitkräfte. Die hohe Quote erklärt sich durch die Schulsekretariate, in denen ausschließlich Mitarbeiterinnen in Teilzeit eingesetzt sind.

Der Personalumfang entspricht praktisch dem des Jahres 2012, bereinigt um das in den Fachbereich 5 umgesetzte Personal.

Die Leistungen des Bereiches Schule und Sport berühren viele der **strategischen Handlungsfelder**, insbesondere aber stehen die Handlungsfelder Bildung, Familien und Integration im Focus seiner Tätigkeiten. Für die Produkte Schulen und Förderzentrum dürfte diese Aussage schon selbsterklärend sein, aber auch auf den Sport trifft dies zu. Gerade die hervorragende Integrations- und Jugendarbeit der Sportvereine, die ohne den Einsatz der städtischen Ressourcen so nicht vorstellbar wäre, ist für eine funktionierende, moderne Gesellschaft unverzichtbar.

In diesem leiten sich folgende **Ziele** des Teilbereichs Schule und Sport aus den strategischen Handlungsfeldern ab:

- Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
- Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
- Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Auch in den nächsten Jahren wird die Schulentwicklungsplanung weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit im Produkt **Schulen** sein. Schule ist kein starres System. Die demographische Entwicklung, sich än-

dernde gesellschaftliche Anforderungen und neue schulrechtliche Rahmensetzungen erfordern ein ständiges Anpassen und Weiterentwickeln und das nicht nur im pädagogischen Bereich. Auch der Schulträger muss seine Schulorganisation und die Sachausstattung seiner Schulen auf immer neue Gegebenheiten einstellen. Insbesondere werden folgende Themen im Blickpunkt stehen:

- Weiterentwicklung der Grundschulen Weerth-Schule und Hakedahl zu einem Bildungshaus von 0 - 10 Jahren im Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung
- Zukunft der Detmolder Schullandschaft im Bereich der weiterführenden Schulen unter besonderer Berücksichtigung der „Zukunft der Hauptschule“ und des Themas „Sekundarschule“
- Fortentwicklung integrativer Angebote und Aufbau inklusiver Beschulung
- Weiterentwicklung des Ganztages
- Weiterentwicklung der IT-Ausstattung der Schulen

Einige dieser Themen machen auch die zunehmende Schnittstelle zur Jugendhilfe deutlich.

Für das Produkt **Sportförderung und Sportstätten** besteht die besondere Aufgabe darin, sein Angebot an Vereine und Bevölkerung auch unter immer engeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen attraktiv und nachfragegerecht weiter zu entwickeln.

Die Nachfrage nach den Angeboten des **Förderzentrums** nimmt insbesondere im Bereich der Pflichtleistungen weiterhin zu. Auch hier ist der Spagat zwischen Ausbau und Weiterentwicklung der Leistungen und Begrenzung durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu vollbringen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

In den Ergebnis- und Finanzplänen der bisherigen im früheren Fachbereich 4 geführten Produkte wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist jedoch in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2011 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsbereinigungen.

Aufgrund der 2011 und 2012 vorgenommenen Umstrukturierungen ist es nicht möglich, in den Finanzaufstellungen der neuen im Fachbereich 2 geführten Produkte Daten zum vorläufigen Ergebnis 2011 und zum Plan 2012 auszuweisen. Um das Teilbudget Schule und Sport in die Struktur des Fachbereiches 2 zu integrieren, war es unumgänglich, die Produkte dort neu anzulegen. Zur Information werden die Daten der drei Produkte für die Jahre 2011 und 2012 aus dem früheren Fachbereich 4 als Anlage 1 nachrichtlich beigelegt.

Aber auch diese Daten sind nicht deckungsgleich mit der neuen Situation. Das Produkt Schule hat das Budget für die Schulimmobilien ab dem Plan 2013 an den Fachbereich 5 abgegeben. Das Budget für die Unterhaltung der Sporthallengeräte und den Betrieb der Turnhallen in vereinseigener Trägerschaft wird ab 2013 im Produkt Sportstätten und Sportförderung bewirtschaftet.

Das neu im Fachbereich 5 eingerichtete Produkt Schulimmobilien wird nachrichtlich als Anlage 2 zur Kenntnis gegeben.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen 834.129 €

Größter Posten in dieser Ertragsart sind mit rd. 556.000 € die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Zuwendungen für Investitionen werden analog zur Abschreibung zeitlich verteilt auf die Nutzungsdauer des geförderten Investitionsobjektes in der Ergebnisrechnung dargestellt. Hier handelt es sich im Wesentlichen um die Zuordnungen aus den erhaltenen Schul- und Sportpauschalen für die Schul-IT und die Sportimmobilien.

Im Weiteren sind insgesamt rd. 242.000 € für die laufenden Förderprogramme des Landes, insbesondere für die Übermittagsbetreuung der weiterführenden Schulen und für Schule und Kultur eingeplant. Zusätzlich ist neu in den Plan aufgenommen ein vom Land zu zahlender Finanzausgleich in Höhe von 36.000 € für eine ab 2012/2013 neu aufgelegte Leistung im Bereich der Schülerbeförderung.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 50 €

Dies sind Verwaltungsbühren, die bei großen Ausschreibungen im Rahmen des Medienentwicklungsplans erhoben werden.

Privatrechtliche Leistungsentgelte 159.000 €

Hier gibt es drei große Posten. 100.000 € ist die Pachtzahlung der DetCon GmbH für die städtischen Freibäder, rd. 45.000 sind als Entgelte für die Nutzung von Schulraum und Sportstätten vorgesehen, mit 14.000 € rechnet das Förderzentrum für seine freiwilligen Leistungen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen 48.315 €

Der größte Posten von über 44.000 € ist die Verwaltungskostenerstattung der DetCon GmbH für die Betriebsführung der Freibäder durch das Personal der Sportverwaltung. Der restliche Betrag sind mehrere kleinere Erstattungspositionen im Produkt Schulen.

Ordentliche Erträge insgesamt 1.041.494 €

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen 1.535.600 €

Die Kalkulation der Personalaufwendungen ab 2013 orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (siehe Vorbericht zum Haushaltsplan 2013). Stellenaussparungen oder – kürzungen des im Budget Schule und Sport verbliebenen Personals sind nicht eingeplant worden.

<u>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</u>	2.371.800 €
<p>Für die Kalkulation dieser Aufwandsart sind die zentralen Planungsvorgaben maßgeblich. In der Regel wurden soweit möglich die Rechnungsergebnisse der Vorjahre übernommen, nur in begründeten Einzelfällen davon abgewichen. Größter Einzelposten sind hier die Schülerbeförderungskosten mit 1.568.500 €. Hier wurde in der Kalkulation die angekündigte Preiserhöhung der Verkehrsträger zum August 2012 und die Mehrbelastung durch die erwähnte Rechtsänderung im Gymnasiumsbereich berücksichtigt. Für Lernmittel und Inventaraufwand der Schulen als Bestandteile des Schulbudgets sind insgesamt 395.500 € vorgesehen. Für die Unterhaltung und Betrieb der Schul-IT und –Telekommunikation sind knapp 187.000 € eingeplant. Fast 65.000 € benötigt die Sportverwaltung für die Unterhaltung der Sportimmobilien und knapp 28.000 € für die Instandhaltung des dazu gehörigen Inventars. Bei den Betriebskosten dieser Immobilien sind rd. 95.000 € vorgesehen. 20.000 € sind für Beratungskosten für die Weiterentwicklung der Schul-IT (Abschluss der Evaluation und Erneuerung des Medienentwicklungsplanes) eingestellt. 7.000 € sind noch im 1. Halbjahr 2013 für die auslaufenden Verpflegungskostenzuschüsse an Haupt- und Gesamtschule eingeplant. Vervollständigt wird diese Aufwandsart durch mehrere kleinere Positionen, die hier nicht mehr im Einzelnen erläutert werden.</p>	
<u>Bilanzielle Abschreibungen</u>	773.493 €
<p>Als wesentliches Anlagevermögen werden in diesem Teilbudget noch die Sportimmobilien und Einrichtungen der Schul-IT und –Telekommunikation geführt.</p>	
<u>Transferaufwendungen</u>	332.158 €
<p>Im Wesentlichen wird in dieser Aufwandsart die Weiterleitung der Fördermittel für die Übermittagsbetreuung der weiterführenden Schulen, für die Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf und „Schule und Kultur“ zuzüglich geringer städtischer Eigenanteile und eigener Mittel für Schulveranstaltungen an die Schulen ausgewiesen (rd. 268.000 €). Dazu kommen noch Fördergelder des Sportes an einzelne Vereine für die Unterhaltung verschiedener Sporteinrichtungen sowie an die Schwimmvereine zur Benutzung des Aqualip (rd. 26.700 €). Ein Betrag von 35.000 € ist jährlich aus der Auflösung des Investitionszuschusses an den Kreis Lippe für sein Sportzentrum an der Wittekindstraße eingestellt. 2.650 € werden für die Beitragszahlungen städtischer Mitgliedschaft in den Fördervereinen verschiedener nicht städtischer Bildungseinrichtungen benötigt.</p>	
<u>Sonstige ordentliche Aufwendungen</u>	684.985 €
<p>Größter Einzelposten in dieser Kostenart ist die Schülerunfallversicherung, auf die ein Betrag von 420.300 € entfällt. Die Geschäftsaufwendungen haben einen Umfang von rd. 175.000 €, wovon der größte Anteil auf die Schulen im Rahmen des Schulbudgets entfällt (158.000 €). Ein Betrag von 56.700 € wird als Eintrittsgeld für das Schulschwimmen, überwiegend im Aqualip, benötigt. Der Sport plant rd. 17.000 € für die Anmietung von Sportstätten und rd. 4.400 € für Sportlehrungen ein. Ein besonderes Budget von 5.000 € Finanzierung von Sachmitteln, die anfallen können, wenn Schüler/innen mit Förderbedarf am gemeinsamen Unterricht der Regelschulen teilnehmen (Integration). Auch diese Aufwandsart wird durch mehrere kleinere Positionen vervollständigt., die hier nicht mehr im Einzelnen erläutert werden.</p>	
Ordentliche Aufwendungen insgesamt	5.697.996 €

<u>Erträge aus internen Leistungsbeziehungen</u>	62.484 €
Wichtigster Ertrag an dieser Stelle sind die Verrechnungen zwischen Jugendamt und Förderzentrum zur Erfüllung von Pflichtleistungen nach § 35a SGB VIII (54.400 €). kleinere Beträge sind für die Überlassung von Schwimmmeistern an andere Verwaltungsstellen im Winter und für die Schulraumnutzung durch andere Fachbereiche eingeplant.	
<u>Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen</u>	210.181 €
Ergebnis	./ 4.804.829 €

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Besondere Bedeutung haben in dieser Teilrechnung die Investitionen.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

<u>Zuwendungen und allgemeine Umlagen</u>	277.840 €
In dieser Teilrechnung gibt es keine Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (556.289 €) (siehe Erläuterungen zum Teilergebnisplan).	

<u>Personalauszahlungen</u>	1.450.998 €
Die Auszahlungen sind um 84.602 € geringer als die Aufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.	

<u>Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen</u>	2.418.702 €
Die Auszahlungen enthalten nicht die Aufwendungen der Ersatzbeschaffungen, die über Festwerte als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht werden (12.700 €). Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen. Im Gegensatz dazu enthält der Teilfinanzplan einen Betrag von 59.602 € für größere Reparaturen an den Sporteinrichtungen, der aus dem konsumtiven Anteil der Sportpauschale finanziert wird.	

<u>Transferauszahlungen</u>	297.158 €
Die jährliche Auflösung des 2011/2012 gezahlten Investitionszuschuss an den Kreis Lippe in Höhe von 35.000 € betrifft nur noch die Ergebnisrechnung (siehe Erläuterungen zum Teilergebnisplan).	

Die Internen Leistungsbeziehungen (Saldo 148.327 €) und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 773.493 € sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Folgende Investitionsmaßnahmen im Gesamtvolumen von 203.200 € sind 2013 geplant:

- Ersatzbeschaffungen für Schul-IT (einschl. wieder bereit gestellter Mittel):	165.000 €
- Ersatz des Kleinbusses für die Schülerbeförderung:	25.000 €
- Kleinere Ersatzbeschaffungen (einschl. Festwert):	13.200 €

Ziele

1. Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
2. Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
3. Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	834.129	901.129	920.930	904.785
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	50	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	159.000	159.000	159.000	159.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	48.315	48.315	48.315	48.315
= Ordentliche Erträge	0,00	0	1.041.494	1.108.494	1.128.295	1.112.150
- Personalaufwendungen	0,00	0	1.535.600	1.557.689	1.573.267	1.589.001
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	2.371.800	2.354.800	2.349.800	2.349.800
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	773.493	744.976	708.922	461.363
- Transferaufwendungen	0,00	0	332.158	332.158	332.158	332.158
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	684.945	684.945	684.945	684.945
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	5.697.996	5.674.568	5.649.092	5.417.267
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	-4.656.502	-4.566.074	-4.520.797	-4.305.117
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	62.484	62.484	62.484	62.484
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	210.811	206.254	209.154	211.623
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	-148.327	-143.770	-146.670	-149.139
= Ergebnis	0,00	0	-4.804.829	-4.709.844	-4.667.467	-4.454.256

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	277.840	0	277.840	277.840	277.840
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	50	0	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	159.000	0	159.000	159.000	159.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	48.315	0	48.315	48.315	48.315
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	485.205	0	485.205	485.205	485.205
- Personalauszahlungen	0,00	0	1.450.998	0	1.480.017	1.494.818	1.509.768
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	2.418.702	0	2.401.702	2.396.702	2.396.702
- Transferauszahlungen	0,00	0	297.158	0	297.158	297.158	297.158
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	684.945	0	684.945	684.945	684.945
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	4.851.803	0	4.863.822	4.873.623	4.888.573
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-4.366.598	0	-4.378.617	-4.388.418	-4.403.368
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	203.200	0	163.200	163.200	163.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	203.200	0	163.200	163.200	163.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-203.200	0	-163.200	-163.200	-163.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	-4.569.798	0	-4.541.817	-4.551.618	-4.566.568

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	0,00	0	-4.569.798	0	-4.541.817	-4.551.618	-4.566.568

Kurzbeschreibung

Schulträgeraufgaben der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadt Detmold:

- Schulentwicklungsplanung und Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen
- Bereitstellung und Unterhaltung der erforderlichen Sachmittel für die Bereiche Schulbudget (einschl. Lernmittel), Schul-IT und Telekommunikation
- Betrieb der Schulsekretariate (Personal, Technik)
- Durchführung der Schülerfahrkostenverordnung
- Mitwirkung bei Organisation der Schülerbeförderung, Schulwegsicherung und Abstimmung der Schulanfangszeiten
- Serviceleistungen für Schulen und Schüler/innen (Versicherungen, Schulschwimmen, Betreuungs- und Ganztagsangebote, sonderpädagogische Förderung, Förderung von Schulveranstaltungen usw.)

Kommunale Aufgaben im Rahmen der Schulpflichtüberwachung

Außerschulische Nutzung der Schulgebäude und -anlagen

Ziele

- Sicherstellung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Schul- und Schulraumversorgung
- Sichere und wirtschaftliche Schülerbeförderung bei größtmöglicher Einbindung in den öffentlichen Linienverkehr
- Weiterentwicklung der Schul-IT unter pädagogischen, wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten
- Sicherung der Funktion der Schulsekretariate unter Beachtung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen
- Absicherung der Schüler/innen bei Unfällen und anderen Schadensereignissen
- Sicherung und Weiterentwicklung eines angemessenen Betreuungs- und Ganztagsangebotes für Schüler/innen
- Finanzielle Ausgleich für Benachteiligte
- Außerschulische Nutzung des städtischen Infrastrukturvermögens unter Abwägung öffentlicher und betriebswirtschaftlicher Ziele

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW mit den dazu erlassenen Verordnungen, Erlassen usw. (insb. Schülerfahrkostenverordnung)

Beschlüsse des Rates

Benutzungsordnung für schulische Räume und Einrichtungen

Zielgruppe

Schulen der Stadt Detmold

Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen

Außerschulische Nutzer der Schulgebäude

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	42,37	43,99	21,37	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen gesamt	Anz.	8.605	8.605	8.451	-	-	-
Teilnehmer/innen Offene Ganztagschule	Anz.	1.202	1.174	1.299	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen Grundschulen	Anz.	2.698	2.698	2.683	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Hauptschule	Anz.	310	310	258	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Realschulen	Anz.	1.414	1.414	1.414	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Gymnasien	Anz.	2.919	2.919	2.857	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Gesamtschule	Anz.	1.088	1.088	1.086	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen Förderschule	Anz.	176	176	153	-	-	-
Anzahl Schüler/innen gesamt	Anz.	8.605	8.605	8.451	-	-	-
Gesamtzahl Fahrschüler/innen	Anz.	2.636	2.780	2.600	-	-	-
Abschluss Allgemeine Hochschulreife (Quote)	%	42	38	38	-	-	-
Abschluss Fachhochschulreife (Quote)	%	1	4	4	-	-	-
Abschluss Fachoberschulreife einschl. Hauptschulabschluss 10B (Quote)	%	36	44	44	-	-	-
Abschluss Hauptschule 10A (Quote)	%	10	7	7	-	-	-
Abschluss Hauptschule (Quote)	%	5	4	4	-	-	-
Abschluss des Bildungsganges im Förderschwerpunkt Lernen (Quote)	%	3	3	3	-	-	-
Schulabgänger/innen ohne Abschluss (Quote)	%	3	0	0	-	-	-
Durchschnittlicher Aufwand je Schüler/innen	€	-	-	580,54	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand pro Fahrschüler/in	€	-	-	183,49	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	651.210	718.210	745.210	747.210
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	50	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	40.050	40.050	40.050	40.050
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	3.950	3.950	3.950	3.950
= Ordentliche Erträge	0,00	0	695.260	762.260	789.260	791.260
- Personalaufwendungen	0,00	0	1.131.212	1.145.212	1.156.664	1.168.232
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	2.184.350	2.167.350	2.162.350	2.162.350
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	500.924	486.507	453.152	219.082
- Transferaufwendungen	0,00	0	270.390	270.390	270.390	270.390
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	650.750	650.750	650.750	650.750
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	4.737.626	4.720.209	4.693.306	4.470.804
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	-4.042.366	-3.957.949	-3.904.046	-3.679.544
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	5.584	5.584	5.584	5.584
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	168.489	164.171	166.718	168.870
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	-162.905	-158.587	-161.134	-163.286
= Ergebnis	0,00	0	-4.205.271	-4.116.536	-4.065.180	-3.842.830

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	277.840	0	277.840	277.840	277.840
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	50	0	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	40.050	0	40.050	40.050	40.050
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	3.950	0	3.950	3.950	3.950
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	321.890	0	321.890	321.890	321.890
- Personalauszahlungen	0,00	0	1.057.053	0	1.078.193	1.088.974	1.099.866
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	2.175.850	0	2.158.850	2.153.850	2.153.850
- Transferauszahlungen	0,00	0	270.390	0	270.390	270.390	270.390
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	650.750	0	650.750	650.750	650.750

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	4.154.043	0	4.158.183	4.163.964	4.174.856
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-3.832.153	0	-3.836.293	-3.842.074	-3.852.966
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	198.500	0	158.500	158.500	158.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	198.500	0	158.500	158.500	158.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	-4.030.653	0	-3.994.793	-4.000.574	-4.011.466

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
B03132601 Beschaffung von Hardware unterhalb 410 EUR									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	370,0	0,0	0,0	0,0	100,0	0,0	90,0	90,0	90,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	270,0	0,0	0,0	0,0	98,5	0,0	68,5	68,5	68,5
Saldo Investitionstätigkeit	-640,0	0,0	0,0	0,0	-198,5	0,0	-158,5	-158,5	-158,5

Erläuterungen

1. Leistungen und Kennzahlen

Im Frühjahr 2012 wurden die Schulimmobilien an das Immobilienmanagement abgegeben. Dies wirkt sich auch bei den Leistungsdaten und Kennzahlen des Produktes Schulen für 2013 aus.

In den Stellen werden nur noch die Schulsekretärinnen und das im Fachbereich 2 verbliebene Personal der Schulverwaltung ausgewiesen. Die Schulhausmeister/innen und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen sind in den Fachbereich 5 gewechselt.

Die immobilienbezogenen Leistungsdaten werden jetzt in den Berichten des Fachbereichs 5 dargestellt. In der Ressourcenkennzahl „Aufwand pro Schüler/in“ wird nur auf den in diesem Produkt dargestellten Aufwand Bezug genommen. Darum wurde hier der bisherige Begriff „Betriebsaufwand“ geändert.

2. Finanzen

2.1. Ergebnisplan

2.1.1. Erträge

Geplant wird mit Erträgen in Höhe von 695.000 €. Davon entfällt mehr als die Hälfte (rd. 373.000 €) auf die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für (investive) Zuwendungen. Im Wesentlichen sind das Zuordnungen aus der Schulpauschale für die Investitionen in die Schul-IT. Rd. 242.000 € sind angesetzt für Erträge aus (konsumtiven) Zuwendungen aus den Förderprogrammen des Landes, insbesondere für die Übermittagsbetreuung („Geld oder Stelle“) und das Programm „Kultur und Schule“. Neu aufgenommen ist eine Zahlung des Landes in Höhe von 36.000 €. Dies ist ein Belastungsausgleich dafür, dass das Land die Schülerfahrkostenordnung zu Lasten der Kommunen geändert hat. Ab dem Schuljahr 2012/2013 sind die maßgeblichen Entfernungsgrenzen für Schüler/innen des Jahrgangs 10 in Gymnasien den anderen Schüler/innen des gleichen Jahrgangs anderer Schulformen gleichgestellt. Dies führt für die Kommunen zu entsprechenden Mehraufwendungen in der Schülerbeförderung. 40.000 € werden als Entgelte für die Schulraumnutzung durch Dritte erwartet. Mehrere kleine Positionen vervollständigen die Summe.

2.1.2. Aufwendungen

a) Die Personalaufwendungen schließen mit rd. 1,13 Mio. € ab. Eine Ausweitung oder Verringerung zur Stellenbemessung 2012 ist für das hier verbliebene Personal nicht vorgenommen worden. In der Kalkulation wurden die zentralen Vorgaben umgesetzt.

b) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen rd. 2,18 Mio. €. Durch die Umorganisation ist dieser Ansatz hier jetzt deutlich niedriger. Da Aufwendungen für Unterhalt und Betrieb der Schulgebäude und -grundstücke sowie das allgemeine Schulinventar werden jetzt im Fachbereich 5 bewirtschaftet.

Den größten Umfang machen die Aufwendungen für die Schülerbeförderung mit rd. 1,57 Mio. € aus. In der Kalkulation wurde die bereits bekannte Preiserhöhung der Verkehrsträger ab August 2012 von knapp über 3 % sowie die Mehrbelastung für die Gymnasialschüler/innen berücksichtigt. Rd. 186.000 € sind für die Unterhaltung und Betrieb der Schul-IT und deren Telekommunikationseinrichtungen angesetzt, was rd. 11.000 € unter dem Vorjahresansatz liegt. Für Lernmittel sind 327.600 € geplant. Dieser Ansatz ist Teil des Schulbudgets, wozu auch noch Mittel für Einrichtung und Ausstattung (67.900 €) und Geschäftsaufwendungen in der Kostenart „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ mit 158.000 € gehören. Das Schulbudget hat somit einen Gesamtansatz von 553.500 €. Es steht den Schulen zur eigenständigen Mittelbewirtschaftung zur Verfügung. Der Gesamtansatz blieb konstant im Vergleich zum Plan 2012.

Knapp 36.000 € entfallen auf kleinere Ansätze wie die letztmalig anstehenden Verpflegungskostenzuschüsse für Haupt- und Gesamtschule (7.000 €), Beratungskosten für die Evaluierung und Weiterentwicklung des Medienentwicklungsplanes (20.000 €), Rechtsstreitigkeiten (1.500 €) und anderes.

c) Die bilanziellen Abschreibungen werden mit rd. 500.000 € angesetzt. Als Anlagevermögen wird hier nur noch die Schul-IT, die Telekommunikationseinrichtungen der Schulen sowie der zur Schülerbeförderung eingesetzte Bulli der Gustav-Heinemann-Schule geführt.

d) Bei den Transferaufwendungen wird mit rd. 270.000 € geplant. Im Wesentlichen speist sich dieser Betrag aus den unter 2.1.1. aufgeführten Fördergeldern. Hinzu kommen u.a. rd. 21.000 € Schulträgermittel, die die Stadt ihren Schulen zur Durchführung von Schulveranstaltungen zur Verfügung stellt, ein Ansatz von 5.000 € für sonderpädagogische Maßnahmen oder auch rd. 2.000 € für Beiträge zur städtischen Mitgliedschaft in drei Fördervereinen nicht städtischer Bildungseinrichtungen.

e) Auf die sonstigen ordentlichen Aufwendungen entfallen rd. 650.000 €, wovon 158.000 € auf die bereits erläuterten Geschäftsaufwendungen innerhalb des Schulbudgets entfallen. Größte weitere Einzelposten in dieser Kostenart sind die Ansätze für die Schülerunfallversicherung (rd. 420.000 €) und die Eintrittsgelder für die Benutzung des Aqualips und einzelner Freibäder für den Schwimmunterricht (rd. 57.000 €). In der Schülerversicherung sind bereits angekündigte Beitragserhöhungen berücksichtigt. Mehrere kleine Konten ergänzen den Ansatz.

2.1.3. Saldo des Ergebnisplanes

Unter Einbeziehung der Internen Leistungsverrechnung ergibt sich für den Teilergebnisplan ein Saldo in Höhe von rd. ./ 4,2 Mio. €.

2.2. Finanzplan

Der Finanzplan unterscheidet sich ganz erheblich vom Ergebnisplan. Nicht berücksichtigt werden darin Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, der Aufwand für die Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen, Abschreibungen und die internen Leistungsverrechnungen. Berücksichtigt werden dagegen Zahlungen aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen und die Investitionen.

Folgende Investitionen sind vorgesehen:

- 165.000 € für die Schul-IT (Medienentwicklungsplan) einschl. wieder bereit gestellter Mittel
- 8.000 € Ersatzbeschaffungen für die Telekommunikationseinrichtungen der Schulen
- 500 € Ersatzbeschaffung für das Inventar der Schulverwaltung
- 25.000 € Ersatz des Kleinbusses der Schülerbeförderung

3. Ausblick

Auch in den nächsten Jahren wird Schulentwicklungsplanung weiterhin ein prägendes Thema sein. Neben den klassischen Kapazitäts- und Raumfragen werden grundsätzliche schulorganisatorische und auch inhaltliche Fragestellungen an Gewicht gewinnen. Die Abgrenzungen zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten werden sich weiter auflösen.

2013 sind im Produkt Schulen folgende Themen im Schwerpunkt:

- Beobachtung der Detmolder Schullandschaft unter Berücksichtigung der rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
- Weiterentwicklung der Grundschulen Weerth-Schule und Hakedahl zu einem Bildungshaus von 0 – 10 Jahren im Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung
- Zukunft der Hauptschule
- Sekundarschule
- Fortentwicklung bestehender integrativer Angebote und Aufbau inklusiver Beschulung
- Weiterentwicklung der Ganztagsangebote

2013 läuft die letzte Investitionsphase des aktuellen MEP aus. Das bisher Erreichte wird derzeit im Rahmen einer Evaluation untersucht. Nach Vorliegen von Ergebnissen, auch zu dem Stichwort „Green-IT“, ist 2013 zu entscheiden, in welche Richtung die Detmolder Schul-IT weiter zu entwickeln ist.

Kurzbeschreibung

Bau, Unterhaltung und Betrieb von Sportstätten
 Schwimm- und Badebetrieb in den Freibädern
 Unterstützung des Stadtsportverbandes und der Sportvereine einschließlich Leistung von Zuschüssen

Ziele

- Ausbau des Breitensports durch mehr Erholungs-, Freizeit- und Gesundheitsangebote
- Förderung des Leistungssports
- Bereitstellung eines vielfältigen Angebots von Sportplätzen und Sporthäusern zur Förderung der Gesundheitserziehung durch sportliche Aktivitäten
- Wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der Einrichtungen
- Erhalt und wirtschaftlicher Betrieb der Freibäder

Auftragsgrundlage

Artikel 18 Absatz 3 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen
 Beschlüsse des Rates

Zielgruppe

(Sporttreibende) Einwohner/innen Detmolds, Sportvereine, Stadtsportverband, Schulen

Politisches Gremium

Ausschuss Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	3,85	4,37	4,32	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Zahl der Vereine	Anz.	69	69	69	-	-	-
Zahl der Vereinsmitglieder	Anz.	22.264	22.100	21.500	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Bereitstellung von Sportstätten	qm	340.401	340.401	344.145	-	-	-
Direktförderung von Sportvereinen nach Zahl der Mitglieder	€	5,05	5,53	3,04	-	-	-
Organisationsgrad (Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen / Gesamtzahl der Einwohner)	%	30,66	30,43	29,61	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vereinsmitglied	€	35,19	37,47	39,37	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je qm Sportstätte	€	-	-	1,58	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	182.919	182.919	175.720	157.575
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	104.950	104.950	104.950	104.950
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	44.365	44.365	44.365	44.365

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Erträge	0,00	0	332.234	332.234	325.035	306.890
- Personalaufwendungen	0,00	0	262.263	267.509	270.185	272.888
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	187.450	187.450	187.450	187.450
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	272.069	257.969	255.270	241.781
- Transferaufwendungen	0,00	0	61.768	61.768	61.768	61.768
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	24.075	24.075	24.075	24.075
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	807.625	798.771	798.748	787.962
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	-475.391	-466.537	-473.713	-481.072
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	2.500	2.500	2.500	2.500
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	38.890	38.634	38.969	39.269
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	-36.390	-36.134	-36.469	-36.769
= Ergebnis	0,00	0	-511.781	-502.671	-510.182	-517.841

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	104.950	0	104.950	104.950	104.950
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	44.365	0	44.365	44.365	44.365
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	149.315	0	149.315	149.315	149.315
- Personalauszahlungen	0,00	0	251.820	0	256.856	259.426	262.021
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	242.852	0	242.852	242.852	242.852
- Transferauszahlungen	0,00	0	26.768	0	26.768	26.768	26.768
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	24.075	0	24.075	24.075	24.075
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	545.515	0	550.551	553.121	555.716
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-396.200	0	-401.236	-403.806	-406.401
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	4.200	0	4.200	4.200	4.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	4.200	0	4.200	4.200	4.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	-400.400	0	-405.436	-408.006	-410.601

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamtausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	4,2	0,0	4,2	4,2	4,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	-4,2	0,0	-4,2	-4,2	-4,2

Erläuterungen

Die Anzahl der Sportvereine in Detmold ist konstant, ihre Gesamtmitgliederzahl verringert sich jedoch in 2013 geschätzt auf 21.500. Die Reduzierung ergibt sich aus den vorliegenden Daten für 2012 (21.468).

Im Rahmen der organisatorischen Veränderungen wurden die drei in vereinseigener Trägerschaft vorhandenen städtischen Turnhallen in Bentrup, Berlebeck und Spork-Eichholz dem Produkt „Sport- und Sportförderung“ neu zugeordnet. Sie wurden bislang im Produkt Schulen geführt. Eine Überarbeitung der Nutz- und Nebenflächen der städtischen Sportanlagen wurde erforderlich, deren Gesamtfläche sich nunmehr wie folgt verteilt:

Nutzfläche Turnhallen
in vereinseigener Trägerschaft 2.157 m²
Nutzfläche Sporthäuser 4.722 m²
Nutzfläche Rasensportplätze 54.988 m²
Nutzfläche Tennensportplätze 60.840 m²

Nutzfläche Kunststoffplätze 46.676 m²
Nebenflächen an Sportanlagen 174.762 m²
Gesamt 344.145 m²

Die Direktförderung an Sportvereine sinkt für das Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 3,04 €/Mitglied.

Die Fördersumme gliedert sich wie folgt auf:

1.994 € Zuschuss Wartung/Reinigung Sporthäuser (vertragliche Verpflichtung für ein Sporthaus)
1.700 € Zuschüsse Flutlicht an Sportplätzen
35.000 € Zuschüsse Energiekosten städt. Sporthäuser
18.513 € Zuschüsse für drei Turnhallen in Vereinsregie
8.200 € Zuschüsse an Schwimmvereine (Aqualip)
65.407 € Gesamt

Ursächlich für die Verringerung der Fördersumme ist der in 2012 geschlossene Sponsoringvertrag zur Sportförderung zwischen den Stadtwerken Detmold GmbH und dem Sportverband Detmold e.V..

Die bei den Transferaufwendungen vorsorglich im Plan 2012 eingestellten Mittel der freiwilligen Zuschüsse an Sportvereine i. H. v. 44.725 € mussten nicht mehr in den Plan 2013 aufgenommen werden. Die Förderung erfolgt seit 2012 durch die Stadtwerke. Das Unternehmen hat sich verpflichtet, zunächst bis 2013 die Mitgliedsvereine des Sportverbandes Detmold sowie den Stadtsportverband selbst jährlich mit einem Nettobetrag in Höhe von 50.000 € zu unterstützen. Als Gegenleistung für das Engagement der Stadtwerke bewerben die Vereine den Vertragspartner bei sportlichen Veranstaltungen, in Sport- und Vereinshäusern sowie an Sportplätzen.

Ob und inwieweit das System zur Umsetzung der Inhalte des Sponsoringvertrages mit den Stadtwerken Detmold GmbH modifiziert werden muss, neue Verteilerschlüssel angewandt oder die Umsetzungsverfahren praktikabler gestaltet werden sollen, kann erst nach Erkenntnissen aus dem Jahr 2012 entschieden werden. Die Sportverwaltung hat dem Sportverband Detmold e. V. unterstützende Tätigkeit zur Abwicklung angeboten.

Bereits im Vorjahr sind Gegenbesuche von Detmolder Sportvereinen mit ihren Gastvereinen in Hasselt abgestimmt worden. Über direkte Kontakte werden diese Begegnungen koordiniert und an über das Jahr 2013 verteilte Wochenenden durchgeführt.

Die Änderung der Richtlinien für die Sportler-Ehrung der Stadt Detmold hat sich positiv ausgewirkt. So können die Leistungen von Einzelsportlern und Mannschaften auf nationaler und internationaler Ebene in einem angemessenen Rahmen entsprechend gewürdigt werden.

Der Sportverband Detmold e. V. wird die Ehrungen zum Deutschen Sportabzeichen in Form eines Aktionstages in Hiddesen mit einer eigenen Veranstaltung voraussichtlich im Mai/Juni 2013 durchführen. Hierzu erfolgt eine Zusammenfassung der zu Ehrenden aus den Jahren 2012 und 2013. Der VfL Hiddesen e. V. unterstützt dieses Vorhaben.

Die Ressourcenkennzahl des Betriebsaufwandes je qm Sportfläche ist geprägt vom Aufwand nur für die Sportstätten, während sich der Betriebsaufwand je Vereinsmitglied auf den ganzen Produktaufwand bezieht.

Im Ergebnisplan erreichen die privatrechtlichen Leistungsentgelte nicht das Niveau des vorläufigen Ergebnisses 2011, da die drei Mietimmobilien an das Immobilienmanagement (FB 5) übertragen wurden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen über dem Ansatz 2012. Einen Großteil hiervon bilden die eingestellten Mittel der vom Produkt Schulen neu zugeordneten drei Turnhallen in vereinseigener Trägerschaft für

- Gebäudeunterhaltung 8.000 €
- Betriebskosten 39.400 €
- Telekommunikation 580 €.

Ersatzbeschaffungen (4.000 €) und Instandhaltung der Turnhallengeräte (23.000 €) sind ein weiterer Grund für die Erhöhung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen im Produkt. Auch dieses Teilbudget wurde aus dem Produkt Schulen zum Sport verlagert.

Bei den Transferaufwendungen ist der in 2011 und 2012 überwiesene städtische Zuschuss i.H.v. 700.000 € an den Kreis Lippe zum Bau einer neuen Sporthalle analog einer Abschreibung auf 20 Jahre aufzuteilen und in jährlichen Teilbeträgen als Aufwand mit 35.000 € in der Ergebnisrechnung auszuweisen.

Aus der Instandhaltungsrückstellung der Sportplätze sind Mittel aus dem konsumtiven Anteil der Sportpauschale i. H. v. 59.602 € in den Haushalt eingestellt. Diese werden für Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Sportplätzen und –häusern eingesetzt. Soweit sie 2013 nicht benötigt werden, können sie ggfs. für größere Projekte in für Folgejahren weiter angespart werden.

Konkrete Planungen im investiven Bereich 2013 für die Sanierung der Sportplätze und den Neubau von Sportstätten aus der Sportpauschale des Landes liegen seitens der Verwaltung derzeit nicht vor.

Kurzbeschreibung

Therapie im Bereich des § 35a SGB VIII (Schüler/innen mit isolierter Lese-Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie) im Auftrag des städtischen Jugendamtes in Abstimmung mit den Schulen (gesetzliche Leistung)

Besondere Angebote (freiwillige Leistungen):

- Durchführung der gesetzlichen Pflichtleistung auch für fremde Träger der Jugendhilfe
- Förderung und Beratung bei schulischen Problemen, u.a. Förderung hochbegabter Schüler/innen

Ziele

Prävention und Therapie in den Bereichen Legasthenie und Dyskalkulie
 Zusammenarbeit mit Eltern und Schulen bei kombinierten Störungen schulischer Fertigkeiten

Auftragsgrundlage

Pflichtleistungen gemäß § 35a SGB VIII
 Freiwillige Leistungen gemäß Ratsbeschluss vom 30.03.2006
 Entgeltordnung vom 30.06.2011

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,50	1,50	1,50	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Teilnehmer Pflichtleistung	Anz.	42	45	45	-	-	-
Teilnehmer freiwillige Leistung	Anz.	9	20	15	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Teilnehmerstunden Pflichtleistung	Anz.	1.629	1.800	1.800	-	-	-
Teilnehmerstunden freiwillige Leistung	Anz.	245	390	300	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Teilnehmerstunde	€	-	-	71,31	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	14.000	14.000	14.000	14.000
= Ordentliche Erträge	0,00	0	14.000	14.000	14.000	14.000
- Personalaufwendungen	0,00	0	142.125	144.968	146.418	147.881
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	10.120	10.120	10.120	10.120
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	152.745	155.588	157.038	158.501
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	-138.745	-141.588	-143.038	-144.501
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	54.400	54.400	54.400	54.400
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	3.432	3.449	3.467	3.484

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	50.968	50.951	50.933	50.916
= Ergebnis	0,00	0	-87.777	-90.637	-92.105	-93.585

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	14.000	0	14.000	14.000	14.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	14.000	0	14.000	14.000	14.000
- Personalauszahlungen	0,00	0	142.125	0	144.968	146.418	147.881
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	10.120	0	10.120	10.120	10.120
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	152.245	0	155.088	156.538	158.001
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-138.245	0	-141.088	-142.538	-144.001
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	-138.745	0	-141.588	-143.038	-144.501

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	-2,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Zahlen der von den Schulen gemeldeten Fälle, bei den Legasthenie und/oder Dyskalkulie vorliegen könnte, nimmt ständig zu. Überwiegend werden sehr junge Kinder aus den Klassenstufen eins und zwei gemeldet. Die Lehrer/innen stellen zunehmend ein Nachlassen der grundlegenden schulischen Fähigkeiten und Fertigkeiten wie Konzentration und Aufmerksamkeit fest. Diese Auffälligkeiten führen jedoch nicht automatisch zu einer Bewilligung von therapeutischen Maßnahmen im Rahmen der Pflichtleistungen des Förderzentrums.

Die Kooperation mit dem Jugendamt des Kreises Lippe wurde fortgesetzt. Jedoch meldete der Kreis weiterhin nur sehr wenige Fälle zur Aufnahme ins Förderzentrum. Deshalb müssen die zu erwartenden Einnahmen nach unten korrigiert werden.

Das Förderzentrum konnte professionelle Fachkräfte zu einer Honorartätigkeit überzeugen. Neben den wichtigen Feldern der auditiven Verarbeitung und der Sprachentwicklung durch zwei Logopäden konnte für die sensorische Integration auch ein ausgebildeter Ergotherapeut zur aktiven Mitarbeit überzeugt werden.

Bei der internen Leistungsverrechnung geht das Förderzentrum weiterhin nicht von einer Vollkostenrechnung aus. Dadurch kann es keine Kostendeckung erreichen.

Anlage 1

nachrichtlich:

RE 2011/ Plan 2012

ehemalige Produkte

Fachbereich 4

Kurzbeschreibung

Schulträgeraufgaben der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadt Detmold:

- Schulentwicklungsplanung und Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen
- Bereitstellung und Unterhaltung der Schulanlagen und Schulgebäude einschließlich der erforderlichen Einrichtungen und Lernmittel
- Bereitstellung des für den Schulbetrieb erforderlichen nichtpädagogischen Personals
- Regelung der Schülerbeförderung (ggfs. gemeinsam mit den Verkehrsträgern) und Übernahme der Schülerfahrkosten
- Mitwirkung bei Verkehrslinien, Schulwegsicherung und abgestimmten Schulanfangszeiten
- Serviceleistungen für die Schulen und die Schüler/innen (Versicherungen, Verpflegungskostenzuschüsse, Zuschüsse zu Lernmitteln, Schulschwimmen, Betreuungs- und Ganztagsangebote, sonderpädagogische Förderung, Unterstützung bei Schulveranstaltungen usw.)
- Kommunale Aufgaben im Rahmen der Schulpflichtüberwachung
- Außerschulische Nutzung der Schulgebäude und -anlagen
- Bewirtschaftung der (ehemaligen) Lehrer- und Hausmeisterdienstwohnungen auf Schulgrundstücken

Ziele

- Sicherstellung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Schul- und Schulraumversorgung
- ordnungsgemäßer Erhalt der Bausubstanz
- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der schulischen Immobilien und Einrichtungen
- bedarfsorientierte Ausstattung
- sichere und wirtschaftliche Schülerbeförderung bei größtmöglicher Einbindung in den öffentlichen Linienverkehr
- qualifizierte und bedarfsgerechte Versorgung der Schulen mit nichtpädagogischem Personal
- Absicherung der Schüler/innen bei Unfällen und anderen Schadensereignissen
- Sicherung eines angemessenen Betreuungsangebotes für Schüler/innen
- finanzielle Ausgleiche für Benachteiligte
- außerschulische Nutzung des städtischen Infrastrukturvermögens unter Abwägung öffentlicher und betriebswirtschaftlicher Ziele

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW mit den dazu erlassenen Verordnungen, Erlassen usw. (insb. Schülerfahrkostenverordnung)
 Beschlüsse des Rates
 Benutzungsordnung für schulische Räume und Einrichtungen

Zielgruppe

Schulen der Stadt Detmold
 Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen
 Außerschulische Nutzer der Schulgebäude (öffentliche und private Institutionen, Vereine, Mieter)

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	42,37	43,99	–	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Grundstücksfläche	qm	401.366	401.366	–	–	–	–
Nutzfläche	Anz.	128.500	128.500	–	–	–	–
Teilnehmer/innen Offene Ganztagschule	Anz.	1.198	1.174	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen Grundschulen	Anz.	2.698	2.698	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen Hauptschulen	Anz.	310	310	–	–	–	–
Anzahl Schüler/innen Realschulen	Anz.	1.414	1.414	–	–	–	–
Anzahl Schüler/innen Gymnasien	Anz.	2.919	2.919	–	–	–	–
Anzahl Schüler/innen Gesamtschule	Anz.	1.088	1.088	–	–	–	–
Anzahl Schüler/innen Förderschule	Anz.	176	176	–	–	–	–
Anzahl Schüler/innen gesamt	Anz.	8.605	8.605	–	–	–	–
Gesamtzahl Fahrschüler/innen	Anz.	2.636	2.780	–	–	–	–
Abschluss Allgemeine Hochschulreife (Quote)	%	42,00	38,00	–	–	–	–
Abschluss Fachhochschulreife (Quote)	%	1	4	–	–	–	–
Abschluss Fachoberschulreife einschl. Hauptschulabschluss 10 B (Quote)	%	36	44	–	–	–	–
Abschluss Hauptschule 10 A (Quote)	%	10	7	–	–	–	–
Abschluss Hauptschule (Quote)	%	5	4	–	–	–	–
Abschluss des Bildungsganges im Förderschwerpunkt Lernen (Quote)	%	3	3	–	–	–	–
Schulabgänger ohne Abschluss (Quote)	%	3	0	–	–	–	–
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/in	€	1.623,42	1.683,40	–	–	–	–
Durchschnittlicher Beförderungsaufwand je Schüler/in	€	173,43	182,37	–	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.938.444,41	2.466.666	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	400	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	120.927,38	117.000	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.520,33	8.950	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	21.022,05	12.000	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	3.120.914,17	2.605.016	0	0	0	0
- Personalaufwendungen	2.068.453,25	2.197.331	0	0	0	0
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.079.808,34	5.943.439	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	3.081.482,00	3.244.600	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	275.498,59	314.350	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.154.158,38	653.917	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	11.659.400,56	12.353.637	0	0	0	0
= Ordentliches Ergebnis	-8.538.486,39	-9.748.621	0	0	0	0
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	65.567,56	65.301	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.311.129,35	2.132.058	0	0	0	0
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.245.561,79	-2.066.757	0	0	0	0
= Ergebnis	-10.784.048,18	-11.815.378	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	892.419,18	285.700	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	400	0	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	136.298,78	117.000	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	32.441,38	8.950	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	13.702,45	12.000	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.074.861,79	424.050	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	1.948.340,19	2.088.621	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.689.069,90	7.168.439	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	277.936,56	314.350	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	2.173.149,68	653.917	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.088.496,33	10.225.327	0	0	0	0	0
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.013.634,54	-9.801.277	0	0	0	0	0
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	1.569.112,07	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.569.112,07	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.236.891,83	4.641.000	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	489.163,52	333.000	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.726.055,35	4.974.000	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.156.943,28	-4.974.000	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-11.170.577,82	-14.775.277	0	0	0	0	0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
B03084003 Beschaffung von Hardware oberhalb 410 EUR									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	206,7	107,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03084019 Bau einer Sporthalle im Schulzentrum Ost									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	697,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03084020 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen in Schulen - Sonderliste -Sonst. schul. Aufgaben									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	570,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03104000 NEUBAU TURNHALLE FREILIGR.SCH.NEUBAU TURNHALLE FREILIGRATHSCHULE									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	641,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03104002 Beschaffung von Ersatzschulräumen für das Schulzentrum Mitte									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	111,6	4.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Y03094000 Bedarfszuwd. Ld. Konjunkturpaket II (investiv); Schulen									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1.552,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Y03094010 Konjunkturpaket II; Komplettsanierung v.Schulen u.Energieoptim. Trakt D HS Heidenoldendorf									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1.647,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	16,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	421,0	296,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	-404,8	-296,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-2.156,9	-4.974,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Kurzbeschreibung

Bau, Unterhaltung und Betrieb von Sportstätten
 Schwimm- und Badebetrieb in den Freibädern
 Unterstützung des Stadtsportverbandes und der Sportvereine einschließlich Leistung von Zuschüssen

Ziele

Ausbau des Breitensports durch mehr Erholungs-, Freizeit- und Gesundheitsangebote
 Förderung des Leistungssports
 Bereitstellung eines vielfältigen Angebots von Sportplätzen und Sporthäusern zur Förderung der Gesundheitserziehung durch sportliche Aktivitäten
 wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der Einrichtungen
 Erhalt und wirtschaftlicher Betrieb der Freibäder

Auftragsgrundlage

Artikel 18 Absatz 3 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen
 Beschlüsse des Rates

Zielgruppe

(Sporttreibende) Einwohner/innen Detmolds, Sportvereine, Stadtsportverband, Schulen

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	3,85	4,37	–	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Zahl der Vereine	Anz.	69	69	–	–	–	–
Zahl der Vereinsmitglieder	Anz.	22.264	22.100	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Bereitstellung von Sportstätten	qm	340.401	340.401	–	–	–	–
Direktförderung von Sportvereinen nach Zahl der Mitglieder	€	5,05	5,07	–	–	–	–
Organisationsgrad (Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen/Gesamtzahl der Einwohner)	%	30,66	30,43	–	–	–	–
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vereinsmitglied	€	35,19	37,47	–	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je qm Sportstätten	€	1,42	1,43	–	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	143.359,00	143.359	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.943,64	4.900	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	111.149,48	111.500	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	44.026,14	45.500	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	303.478,26	305.259	0	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	230.825,63	249.132	0	0	0	0
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	124.668,12	110.950	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	286.837,00	295.454	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	71.493,00	106.493	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.138,05	24.135	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	736.961,80	786.164	0	0	0	0
= Ordentliches Ergebnis	-433.483,54	-480.905	0	0	0	0
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	12.156,80	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.468,96	41.849	0	0	0	0
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-32.312,16	-41.849	0	0	0	0
= Ergebnis	-465.795,70	-522.754	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.943,64	4.900	0	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	111.145,93	111.500	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	45.927,67	45.500	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	162.017,24	161.900	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	220.798,18	237.192	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	139.814,62	305.312	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	371.296,64	71.493	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	23.209,06	24.135	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	755.118,50	638.132	0	0	0	0	0
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-593.101,26	-476.232	0	0	0	0	0
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	174.151,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	174.151,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	139.070	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	200	0	0	0	0	0
- Auszahlungen von Zuwendungen	0,00	400.000	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	539.270	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	174.151,00	-539.270	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-418.950,26	-1.015.502	0	0	0	0	0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
X08114400 Investitionszuschuss für den Kreis Lippe - 3-fach Turnhalleam Berufskolleg -									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	174,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	139,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	174,2	-139,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	174,2	-539,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Kurzbeschreibung

Therapie im Bereich des § 35a SGB VIII (Schüler/innen mit isolierter Lese-Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie) im Auftrag des Jugendamtes der Stadt Detmold in Abstimmung mit den Schulen (gesetzliche Leistung).

Besondere Angebote (freiwillige Leistungen):

Durchführung der gesetzlichen Pflichtleistung auch für fremde Träger der Jugendhilfe

Förderung und Beratung bei schulischen Problemen, u.a. Förderung hochbegabter Schüler/innen.

Ziele

Prävention und Therapie in den Bereichen Legasthenie und Dyskalkulie.

Zusammenarbeit mit Eltern und Schulen bei kombinierten Störungen schulischer Fertigkeiten.

Auftragsgrundlage

Pflichtleistungen gemäß § 35a SGB VIII

Freiwillige Leistungen gemäß Ratsbeschluss vom 30.03.2006

Entgeltordnung vom 30.06.2011

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,50	1,50	–	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Teilnehmer Pflichtleistung	Anz.	42	45	–	–	–	–
Teilnehmer freiwillige Leistung	Anz.	9	20	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Teilnehmerstunden Pflichtleistungen	Anz.	1.629	1.800	–	–	–	–
Teilnehmerstunden Freiwillige Leistung	Anz.	245	390	–	–	–	–
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Teilnehmerstunde	€	80,36	69,93	–	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.985,00	23.000	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	13.985,00	23.000	0	0	0	0
- Personalaufwendungen	134.061,01	140.306	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.104,09	9.800	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	145.165,10	150.106	0	0	0	0
= Ordentliches Ergebnis	-131.180,10	-127.106	0	0	0	0
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	41.472,00	52.000	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.304,00	3.034	0	0	0	0
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	36.168,00	48.966	0	0	0	0
= Ergebnis	-95.012,10	-78.140	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	16.520,00	23.000	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.520,00	23.000	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	134.061,01	140.306	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	11.208,91	9.800	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	145.269,92	150.106	0	0	0	0	0
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-128.749,92	-127.106	0	0	0	0	0

Anlage 2

nachrichtlich:

Produkt 500.400

Schulimmobilien

Fachbereich 5

Kurzbeschreibung

- Bereitstellung und Unterhaltung der städtischen Schulanlagen, -grundstücke, -gebäude sowie der erforderlichen Einrichtungen und des Betreuungspersonals für die Schulgebäude
- Bewirtschaftung der (ehemaligen) Lehrer- und Hausmeisterdienstwohnungen auf Schulgrundstücken

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten Schul- und Schulraumversorgung nach den Vorgaben der Schulverwaltung einschl. Bereitstellung des Betreuungspersonals für die Gebäude
- ordnungsgemäßer Erhalt der Bausubstanz
- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der schulischen Immobilien und Einrichtungen
- bedarfsorientierte Ausstattung

Auftragsgrundlage

- Schulgesetz NRW mit den dazu erlassenen Verordnungen, Erlassen u.s.w.
- Beschlüsse des Rates und der jeweiligen Fachausschüsse

Zielgruppe

- Schulen der Stadt Detmold
- Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen
- Außerschulische Nutzer der Schulgebäude (öffentliche und private Institutionen, Vereine, Mieter)

Politisches Gremium

- Ausschuss für Schule und Sport
- Ausschuss für Tiefbau und Immobilienmanagement

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	-	-	22,05	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Grundstücksflächen	qm	-	-	401.366	-	-	-
Nutzflächen	qm	-	-	128.500	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Schüler/innen	Anz.	-	-	8.605	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/innen	€	-	-	-1.116,61	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	1.818.262	1.715.469	1.668.999	1.670.029
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	79.000	79.000	79.000	79.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	9.000	9.000	9.000	9.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	14.000	14.000	14.000	14.000
= Ordentliche Erträge	0,00	0	1.920.262	1.817.469	1.770.999	1.772.029
- Personalaufwendungen	0,00	0	1.155.149	1.170.841	1.164.509	1.176.132
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	3.600.450	3.166.000	2.716.000	2.750.000
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	2.753.253	2.840.258	2.803.301	2.902.345

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	4.300	4.300	4.300	4.300
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	7.513.152	7.181.399	6.688.110	6.832.777
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	-5.592.890	-5.363.930	-4.917.111	-5.060.748
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	62.195	62.195	62.195	62.195
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	2.095.269	2.119.590	2.144.350	2.169.481
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	-2.033.074	-2.057.395	-2.082.155	-2.107.286
= Ergebnis	0,00	0	-7.625.964	-7.421.325	-6.999.266	-7.168.034

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	64.954	0	14.989	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	79.000	0	79.000	79.000	79.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	9.000	0	9.000	9.000	9.000
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0	14.000	0	14.000	14.000	14.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	166.954	0	116.989	102.000	102.000
- Personalauszahlungen	0,00	0	1.112.485	0	1.133.750	1.145.076	1.156.505
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	4.727.450	0	4.082.000	3.608.000	3.695.000
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	4.300	0	4.300	4.300	4.300
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	5.844.235	0	5.220.050	4.757.376	4.855.805
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-5.677.281	0	-5.103.061	-4.655.376	-4.753.805
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	0,00	0	6.799.000	4.000.000	3.403.000 (3.000.000)	1.404.000 (1.000.000)	403.000 (0)
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	201.000	0	211.000	241.000	191.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	7.000.000	4.000.000	3.614.000	1.645.000	594.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	-12.677.281	-4.000.000	-8.717.061	-6.300.376	-5.347.805

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
H03135040 Beschaffung von Ersatzschulräumen für das Schulzentrum Mitte									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.650,0	700,0	0,0	0,0	5.950,0	4.000,0	3.000,0	1.000,0	0,0
H03135041 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen in Schulen -Sonderliste-sonst. schulische Aufgaben									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.970,0	0,0	0,0	0,0	770,0	0,0	400,0	400,0	400,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	189,0	0,0	0,0	0,0	280,0	0,0	214,0	245,0	194,0
Saldo Investitionstätigkeit	- 12.809,0	-700,0	0,0	0,0	-7.000,0	-4.000,0	-3.614,0	-1.645,0	-594,0

Erläuterungen

Ab 2013 wird der Bereich Schulimmobilien im Fachbereich 5 als eigenes Produkt dargestellt. Die Zuordnung erfolgt in der Produktgruppe 500 "Immobilien". Im Budgetbuch 2013 sind für die Vorjahreszahlen die Ergebnisse aus dem alten Fachbereich 4 übernommen worden. Diese sind jedoch nicht vergleichbar mit den Ansätzen für das Jahr 2013. Durch die Aufspaltung des alten Fachbereiches 4 musste ein Großteil der Konten für den Schulbereich differenziert betrachtet und finanziell sowohl im Fachbereich 2 "Schulen" als auch im Fachbereich 5 "Schulimmobilien" dargestellt werden. Eine Darstellung im Detail ist leider nicht möglich und würde den Rahmen des Budgetbuches sprengen.

Bei den Flächenangaben ist die ehemalige Südholzschule nicht mehr enthalten. Diese wird ab 2013 dem Produkt Haus- und Grundstückservice im Fachbereich 5 zugeordnet, da es sich nicht mehr um eine Schulimmobilie handelt.

Im Produkt "Schulimmobilien" werden alle städtischen Schulen sowie Wohnungen an diesen Standorten betreut. Die Bewirtschaftung beinhaltet das gesamte Management bezogen auf Unterhaltung der baulichen Anlagen, Grundstücksangelegenheiten, Verträge mit Versorgern, Untersuchung/Prüfungen von Raumbedarfen und -nutzungen auf Anforderung der Schulverwaltung im Fachbereich 2, Einrichtung und Ausstattung von Schulräumen, Vermietung von Wohnungen.

Ein Schwerpunkt der Ausgaben sind Betriebs- und Bauunterhaltungskosten an den Schulen. Die in den letzten Jahren durchgeführten energetischen Sanierungen, die zum Großteil aus dem Konjunkturpaket II finanziert wurden, wirken sich positiv auf die Entwicklung der Betriebskosten aus. Dem gegenüber stehen die steigenden Bauunterhaltungskosten. Diese ergeben sich aus dem Einbau von Lüftungs- und damit verbundener Elektrotechnik sowie den Anforderungen, die sich durch Brandschutzeinbauten ergeben. Regelmäßige Wartungen und Überprüfungen durch Sachverständige führen zu höheren Aufwendungen.

Erläuterungen zu Investitionen:

HOAI - Leistungen und Innere Leistungsverrechnungen bei Maßnahmen über der Wertgrenze von 250.000 €:

Auftragsnummer:

H 0313540: 150.000 € (2013), 200.000 € (2014)

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

zu H 03135040: Die Voraussetzungen nach § 14 GemHVO sind erfüllt.